



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 56.

Dinstag den 7. März

1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 19 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Die Hebung der Noth durch den Staat und die Schutzölle. 2) Sitzung der Breslauer Stadtverordneten am 2. März. 3) Communalberichte aus Glogau, Reinerz, Wartsa. 4) Correspondenz aus Strehlen, Hatnau. 5) Feuilleton.

Denjenigen Abonnenten, welche das gestern (am 6ten) ausgegebene Extrablatt nicht erhalten haben sollten, zeigen wir an, daß wir dasselbe durch das hiesige Ober-Postamt vollständig versendet und in unserm Expeditions-Lokale sowohl als in allen Com-manditen für die hiesigen Leser ausgegeben haben. Die Expedition der Bresl. Ztg.

Offizieller Artikel.

Frankfurt, 3. März. Nachdem die Bundes-versammlung sich die Aeußerungen sämtlicher Re-gierungen über den untern 9. September v. J. er-latteten ausführlichen Vortrag der Kommission in Pressangelegenheiten, behufs einer möglichst gleich-förmigen Bundes-Pressgesetzgebung erbeten hat, so hat sie auf anderweiten Vortrag der Kommission beschlossen:

- 1) Jedem deutschen Bundesstaate wird freige-stellt, die Censur aufzuheben und Pressfreiheit einzu-führen.
- 2) Dies darf jedoch nur unter Garantien ge-schehen, welche die andern deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen den Mißbrauch der Pressfreiheit möglichst sicher stellen.

Inland.

Berlin, 6. März. Se. Majestät der König ha-ben allergnädigst geruht, dem Einsassen und Kirchen-Vorsteher Michael Streich zu Dpst, im Kreise Deutsch-Krone, das allgemeine Ehrenzeichen zu verlei-hen; und dem Kaufmann Richard v. Carlowitz in Canton zum Konsul daselbst zu ernennen.

Der Landgerichts-Referendarius Michael Gustav Schenk zu Köln ist auf Grund der besandenen drit-ten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des königl. Appellations-Gerichtshofes zu Köln ernannt worden. An die Stelle des verstorbenen Justiz-Kommissarius v. Wuffow in Bittow ist der Justiz-Kommissarius und Notarius Torino in Bartenstein als Justiz-Kom-missarius für die königl. und Patrimonial-Gerichte des Bittower und Lausburger Kreises, mit Anweisung sei-nes Wohnsitzes in Bittow und unter Verleihung des Notariats in dem Departement des Oberlandesgerichts zu Köslin, versetzt worden.

3 Berlin, 5. März. Man erzählt, daß der König der Belgier in die Kammer gekommen sei und seine Abdikation angeboten habe, falls man sie wolle; man fügt hinzu, König Leopold sei mit allgemeiner Begeisterung empfangen und bestimmt worden, seinem großen Verufe ferner obzuliegen. Die Haltung in Belgien ist überhaupt vortreflich; die Belgier scheinen nicht Willens zu sein, die jedenfalls bedenklichen Expe-riente der „großen Nation“ nachzuahmen (s. 3. Bräu-sei, 2. März).

Die Staatsschuldscheine waren ge-steru wieder bis 86 gestiegen, indes sind die neuesten Finanzberichte aus Paris mehr als schlimm. Die Her-ren Gewalthaber dort gehen mit dem Plane um, die französische Staatsschuld durch die Nationalver-sammlung theilweise zu annulliren — und zwar in der Weise, daß jeder Bürger nur befugt sei, ein ge-wisses Maximum von Renten zu besitzen. Da es sehr wahrscheinlich ist, daß diejenigen, welche von dem sou-veränen Volke in die Nationalversammlung geschickt werden, gar keine oder jedenfalls sehr wenige Renten besitzen, so liegt es nahe, daß man die Renten im In-teresse der Weiblichkeit und Gleichheit opfern wird. Nehmen Sie die Versicherung, daß die Stimmung hier und in den Provinzen von

Tag zu Tag nationaler und patriotischer wird. Die preussische Nation spricht sich mit Einstimmigkeit dahin aus, daß sie durchaus keine Einmischung in die französischen Ver-hältnisse will; noch mehr: die preussische Na-tion hofft von der Weisheit ihrer Regie-rung, daß sie jeden Vorwand, ja: jeden Schein eines Vorwandes vermeiden werde, der den Gemalthabern in Paris den Weg eröffnere, die Franzosen irgendwie gegen uns aufzuheben und uns Mißliebigkeit gegen ihre Schritte anzudichten. Die preussische Nation ist aber auch fest entschlossen, den letzten Thaler und den letzten Mann hin-zugeben, wenn die Franzosen es wagen sol-len, uns anzugreifen. Mögen sie auf den bluti-gen und ungeheuren Wegen, die sie eingeschlagen ha-ben, ihr Glück und ihre Veruhigung finden; für Deutschland paßt dieser Noth nicht, und Wehe über den, der ihn uns anräth. — Es ist falsch, daß die Frau Herzogin von Orleans in Zukunft sich hier auf-zuhalten gedenke; auch weiß man hier nichts davon, daß, wie die Zeitungen erzählen, von Berlin aus gast-freundliche Einladungen an die Mitglieder der jüngeren Bourbonenfamilie erlassen sind.

\*\* Wosen, 5. März. Die Cabinetsordre wegen der Zusammenziehung der Kriegesreserven des 8. Armeekorps und der Verstärkung der Gränzfestungen ist auch hierher gelangt, indem das dem 8. Armeekorps atta-chirte 37te Infanterie-Regiment seinen Ersatz aus dem Großherzogthum und aus Niederschlesien erhält. Es ist demgemäß auch schon die Ordre an die betreffenden Landwehrbatalione ergangen, die Reserven des genann-ten Regiments schleunigst, wenn wir nicht irren, nach einer schlesischen Stadt einzuberufen, um von dort gleich an den Rhein per Eisenbahn transportirt zu werden. Die Anzahl der Reserven soll über tausend Mann be-tragen. — Gestern hat ein Diner der hier zahlreich versammelten Polen stattgefunden. Dasselbe war jedoch für eine geschlossene Gesellschaft angefaßt.

Danzig, am 2. März ist Johannes Ronge hier eingetroffen und bei dem Vorsteher der deutschkatholischen Gemeinde abgestiegen. (Danz. Z.)

Koblenz, 2. März. Die Herzogin von De-leans ist mit ihren beiden Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres, in Begleitung der Marquis de Montesquieu und de Mornay, gestern hier angekommen. Von Paris aus waren dieselben in einem kleinen einspännigen Fiaker bis Nachen gefahren, hatten von da die Eisenbahn bis Köln benützt, in Deuß im strengsten Incognito übernachtet, und waren von da per Dampfboot hieher gereist. Die Herrschaften haben sich von hier nach Ems begeben, wo sie im „Englischen Hofe“ bis auf Näheres zu verweilen ge-denken. Heute empfangt die hohe Frau den Besuch der Gemahlin des kommandirenden Generals, Herrn von Thile, welcher letztere selbst gestern von Berlin wieder hier angekommen ist. (Köln. Z.)

Düsseldorf, 2. März. Gestern Nachmittag wa-ren die Kommandeure der hier garnisonirenden Regi-menter und die höheren Stabofficiere bei Sr. Excellenz dem Divisions-Kommandeur Hrn. Grafen v. d. Gröb-ben versammelt. Was der Gegenstand der ihnen ge-machten Eröffnungen gewesen, ist freilich nicht ins Pu-blikum gekommen, doch läßt sich leicht denken, daß er auf die durch die jüngsten Ereignisse in Frankreich her-

vorgeschlagenen Vorkehrungsmaßregeln Bezug haben wird. Ein bei dem Herrn General angesagt gewesener Thee wurde abbestellt. Heute Morgen sind die beurlaubten Soldaten einberufen worden, und bei allen Truppen-theilen ist der Befehl gegeben worden, Alles zum Aus-marsch in Bereitschaft zu halten. In Folge dieses Be-fehles herrscht in den Kasernen und in den Zeug-kammern die lebhafteste Thätigkeit. Der Befehl zur Einberufung der Kriegesreserve, dem man stünd-lich entgegensteht, ist bis jetzt noch nicht eingetroffen. — Eine ähnliche Thätigkeit, um auf alle Fälle bereit zu sein, erblickt man in Köln, wo übrigens die Kriegs-reserve bereits einberufen ist. (Rhein. Beob.)

Köln, 4. März. Ein Extra-Blatt unserer heu-tigen Zeitung enthält Folgendes:

Köln, Sonnabend, den 4. März, Morgens 2 Uhr. So eben geht uns folgende „amtliche Bekanntmachung“ zur Veröffentlichung zu: „Die Ruhe der Stadt Köln ist heute Abend in bedauerlicher Weise gestört worden. Es hat eine Anzahl von Personen gewagt, den in Ausübung seines Berufes im Rathhause versammelten Gemeindevorstand nicht mit Witten, sondern mit „For-derungen des Volkes“ zu bestürmen und versucht, eine Genehmigung von Anträgen durch Gewalt zu erzwin-gen, die in ordnungsmäßigem, gesetzlichem Wege bei den loyalen Vertretern der Stadt in keiner Weise Ein-gang finden konnte n. Diese „Forderungen des Volks“, wie sie in vielen Exemplaren vertheilt und laut verlesen wurden, lauten: 1) Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk; allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wähl-barkeit in Gemeinde und Staat. 2) Unbedingte Frei-heit der Rede und Presse. 3) Aufhebung des stehen-den Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern. 4) Freies Vereinigungsrecht. 5) Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für Alle. 6) Vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten. Es wurde unter aufwüthendsten Rufen die Versammlung der Gemeindevorordneten eine geraume Zeit in dem Rathhause belagert, bis die bewaffnete Macht den Rathhausplatz von der zahlreich versammel-ten Menge säuberte und einer der Rabälsführer, der seit längerer Zeit den Behörden als solcher bezeichnet war, zur Haft gebracht wurde. Er ist der Justiz überant-wortet. Die gerichtliche Untersuchung wird sofort über dies in unserer Provinz unerhörte Attentat eingeleitet werden. Die friedliebenden Bürger Kölns werden mit mir diese Verletzung des Gesetzes und der Ordnung beklagen. Die Behörden rechnen auf ihren Bestand; es wird die vereinte Kraft und Wachsamkeit Weider ferneres Unheil, das durch die Conspiration Böswilliger plan-mäßig vorbereitet wurde, von der Bevölkerung einer ruhigen, glücklichen Stadt mit Erfolg abzuwenden wiß-sen. Köln, den 3. März 1848. Der Regierungs-Präsident von Rauer.“

Deutschland.

Dresden, 4. März. Die Antwort Sr. Majestät des Königs auf die Adresse, welche von den Kommun-Vertretern Leipzigs überbracht wurde, lautet nach dem Dresdener Tageblatte:

„Vor Allem sage ich Ihnen meinen Dank für die Ge-sinnungen treuer Anhänglichkeit, die Sie mir im Namen der Stadt Leipzig soeben ausgesprochen haben. Die neuesten Zeitereignisse konnten auf dieselben keinen Einfluß haben; und es hätte daher Ihrer erneuten Versicherung nicht be-durft, um mich in dieser Zuversicht zu bestärken. Aber eben

dieses Vertrauen auf Ihre Gefinnungen macht es mir zur Pflicht, heute zu Ihnen offen und herzlich zu sprechen, wie es mir ums Herz steht, und wie Sie es von mir stets gewohnt sind. — Sie zweifeln im Eingange der mir so eben übergebenen Adresse selbst, ob der gethane Schritt Ihnen als Vertreter einer einzelnen Kommune zusammen: ich wünschte, Sie wären dieser besseren Ueberzeugung gefolgt, und hätten sich nicht zu einem Schritte verleiten lassen, der Ihre Befugnisse offenbar überschreitet. — Daß Sie daher eine Antwort auf den speziellen Inhalt Ihrer Adresse von mir nicht zu erwarten haben, werden Sie sich selbst sagen. — Das, was mir schon durch die öffentlichen Blätter von dem Zwecke Ihrer Sendung bekannt war, würde mich ohnehin kaum bewegen haben, sie nicht anzunehmen, wenn ich nicht einerseits der Ueberzeugung hegte, daß die bei weitem große Mehrzahl Derjenigen, die an diesem Schritte Theil nahmen, nur aus guter Absicht sich demselben anschlossen; und wenn ich nicht andererseits die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wollte, an meine Leipziger durch ihr Degan einige Worte väterlicher Ermahnung zu richten. — In einer bewegten Zeit, wie die unsere, ist es nöthiger als je, daß wir nicht nur einträchtig im Innern seien, sondern auch nach Außen so erscheinen, um den Feinden der gesetzlichen Ordnung einen festen Damm entgegenzusetzen. Es muß daher Alles sorgfältig vermieden werden, was Mißtrauen erregen, den Glauben an solche Eintracht schwächen, und somit den Feinden eine Waffe in die Hand geben kann. — Ob der Schritt, den Sie heute gethan, in diesem Sinne ein zeitgemäßer genannt werden konnte, gebe ich Ihnen eigenen besseren Gefühle anheim. Das aber lege ich Ihnen Allen dringend ans Herz, Jedem in seinem Wirkungskreise, dahin zu wirken, daß jeder Schritt entfernt bleibe, welcher diese Eintracht irgendwie stören, ja dieselbe nur im Entfernsten in Frage stellen kann. — In dieser Hinsicht kann ich auch nicht umhin, eine Aeußerung in Ihrer Schrift speziell hervorzuheben; sie hat mich schmerzlich berührt. — Sie sprechen von Mangel an Eintracht zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volkes. Es ist nun mehr als 17 Jahre, daß mich die Vorlesung zur Leitung der Verhängnisse Sachsens beehren hat, und ich bin in diesem langen Zeitraum von einem solchen Zwiespalt Nichts gewahr geworden. — Ich bin mir bewußt, stets das Wohl des Volkes vor Augen gehabt, die Verfassung treu erfüllt und jede als wahrhaft zuträglich erkannte Verbesserung nach bestem Wissen und Gewissen befördert zu haben. — Auf diesem Wege werde ich auch stets ruhig und ungenirt fortwährend. Ich glaube daher an meine Sachen, und werde mich in diesem Vertrauen nicht erschüttern lassen; es gehört zu meiner Existenz. — Theilen Sie Das, was ich Ihnen gesagt, Ihren Committenten mit und bringen Sie Ihren Leipziger Mitbürgern meinen Gruß."

In dem gestrigen Anzeiger wurden die Stadtverordneten Dresdens und deren Ersahmänner von Seiten des Vorstandes zu einer außerordentlichen Sitzung (d. 3. März) Nachmittags Punkt 5 Uhr eingeladen; die Tagesordnung derselben enthielt nur Gegenstände von städtischem Interesse, doch eine Einladung des stellvertretenden Vorstandes, welche derselben folgte, forderte Stadtverordnete und Ersahmänner zu einer Berathung über den Beitritt zur Leipziger Adresse an Sr. Majestät den König auf. — Nicht allein die Tribünen des Rathungssaales der Stadtverordneten, sondern auch der Vorfaal, die Gänge und Treppen des Gebäudes waren gedrängt voll herbeiströmender, um dieser Berathung beizuwohnen (während bei Verhandlung der wichtigsten städtischen Verwaltungsfragen sehr oft die Tribünen ganz leer sind), und schon war ein Theil derselben in das Deputationszimmer eingebrungen, als man die Thüren verschloß, nachdem der Antrag der St. V. Heymann und Dr. Köchy, die Deffnung der Thüren betreffend, verworfen worden war. — Dr. Köchy stellte nun den Antrag auf Entwerfung einer Adresse an Sr. Majestät den König, in welcher 1) der Wunsch um Freiheit der Presse; 2) um Freiheit des religiösen Bekenntnisses; 3) Freiheit des Vereins- und Versammlungswesens; 4) Reform des Wahlgesetzes; 5) Vertretung aller deutschen Völker beim deutschen Bunde; 6) zur verfassungsmäßigen Erledigung dieser Punkte aber eine möglichst schnelle Zusammenberufung der Kammern nach schleunigster Vollendung des Wahlgeschäftes ausgesprochen werden solle. — Allein nach einer heftigen Debatte wurde der Leonhardische Antrag, zur ordentlichen Tagesordnung zu schreiten und über den Köchly'schen Antrag nicht zu debattieren, mit 32 gegen 24 Stimmen angenommen, indem sich das Kollegium durch diese Ablehnung der Adresseberathung zugleich für nicht kompetent zu diesem Schritte hielt. Dagegen aber wurde ein Antrag Hirschbold's, eine andere Adresse, welche derselbe sogleich vorbrach, an Sr. Majestät zu richten, die Bitte um schleunige Einderung des Landtags und thunliche Beschleunigung der Wahlgeschäfte enthaltend, gegen 4 Stimmen in der von den Stadtverordneten Methe, Anger II. und Hirschbold revidirten gegenwärtigen Fassung genehmigt. — Dieser Abstimmung nach hielt sich zu Uebergabe letzter Adresse das Stadtverordneten-Kollegium für kompetent. (Lps. 3.)

Leipzig, 4. März. In der für heute Vormittag 11 Uhr angekündeten außerordentlichen Versammlung der Stadtverordneten waren schon lange vor der Eröffnung nicht bloß die Tribünen, sondern auch die leeren Räume des Sitzungssaales mit Zuhörern überfüllt, und als der Vorsitzende, Proceßgerichtsverwalter Werner, die Sitzung eröffnete, wurde es ihm sehr schwer, sich vor dem Geräusche der vor der offenen Thüre gedrängt stehenden Menge Gehör zu verschaffen. Er trug die schriftlich der Deputation übergebene Antwort des Königs vor (s. oben), welche nicht ganz ohne laute Meinungsäuße-

rungen der Zuhörer mit angehört wurde. — Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß, da das Kollegium wie der Stadtrath die Adresse einstimmig genehmigt hätten, da auch eine große Anzahl Bürger und Einwohner Leipzigs in einer an die Stadtverordneten gerichteten Adresse mit dem Verfassen derselben sich vollkommen einverstanden erklärt hätten, weitere Schritte unausbleiblich wären. Zwar sei schon heute früh eine abermalige Deputation von Stadträthen und Stadtverordneten nach Dresden abgegangen, um über die Aufnahme der königlichen Antwort in Leipzig zu berichten, die eigentlich maßgebenden Punkte hervorzuheben, wo möglich Mißverständnisse zu beseitigen und den König über die fehlende Uebereinstimmung zwischen Verwaltung und Volk ins Klare zu setzen; aber diese zweite Deputation habe keine andern Aufträge, wie die erste. Zugleich benachrichtigte er noch das Kollegium, daß die Stadtverordneten zu Dresden in öffentlicher Sitzung den gestellten Antrag, der Leipziger Adresse sich anzuschließen, indem sie sich für inkompetent dazu erklärten, abgelehnt hätten, daß aber das Publikum mißgestimmt von dannen gegangen sei. Hierauf spricht Prof. Biedermann als Antragsteller und einer der Ueberbringer der Adresse es geradezu aus, daß etwas geschehen müsse, da nicht mehr zu verkennen sei, daß die Adresse ihren Hauptzweck, den König persönlich über die Lage der Stadt, des Landes, der Welt aufzuklären, gänzlich verfehlt habe, da derselbe durch denselben Geist der Verwaltung, gegen welchen man an den König persönlich appelliren wollte, getrübt worden sei. Schmerzlich bewegt, und mit den gegründeten Befürchtungen für die öffentliche Ordnung, beantragte er einen zweiten Schritt der vereinigten Kollegien, eine sofortige Erklärung über die drei Hauptpunkte der königlichen Entgegnung, ohne eine Antwort des Königs zu provoziren. Wenn das Schreiben des Königs zuerst die Befugniß und Kompetenz der Stadtverordneten in Frage stelle, so müsse das Kollegium fest und bestimmt erklären, daß es sich nicht bloß für befugt, sondern sogar für verpflichtet halte, unter den vorwaltenden Umständen in dem gegenwärtigen Augenblicke, die Wünsche des Landes auszusprechen, da zumal die gesetzlichen Vertreter des Landes nicht beisammen seien. Man müsse dem Könige ferner eröffnen, daß man ihn täusche, wenn man ihm sage, daß diese Manifestationen nur von Einzelnen ausgingen und daß diese die Mehrzahl durch alle möglichen Mittel veranlassen, beizutreten; daß man ihn täusche, wenn man ihm sage, daß die Urheber derselben böse Absichten hätten und daß die Mehrzahl vielmehr die Manifestationen, keineswegs aber die Absicht theile. Sie seien Alle sich bewußt, in den besten Absichten gehandelt zu haben; die Adresse sei einstimmig beschloffen worden und Alle hätten aus Ueberzeugung nicht bloß den Worten, sondern auch ihren Tendenzien sich angeschlossen. Endlich aber sei zu erklären, daß die Adresse deshalb ihren Zweck verfehlt habe, weil der König über die Adresse, über die Lage der Dinge, so wie über die Stimmung des Volks nicht wohl unterrichtet gewesen, indem man ihn absichtlich oder unabsichtlich habe glauben lassen, als bestände kein Zwiespalt zwischen den Tendenzien der Regierung und den vernünftigen Wünschen des Volks. Habe der König deshalb die dringenden, ersten und notwendigen Anträge nicht berücksichtigt, so müsse ihm freimüthig vorgestelt werden, daß ihn seine Minister nicht wohl berriethen, daß diese Minister das Vertrauen des Volkes nicht besäßen, daß sie dem Könige nicht rather könnten zum Besten des Volks, und daß die Ruhe des Landes nur dann gesichert sei, wenn der König sich mit Männern umgäbe, welche das Vertrauen des Volks besäßen. — Nachdem hierauf Hr. H. Brochhaus das Recht, seine eigne Meinung zu haben und auszusprechen, als eine der ersten Bedingungen der Freiheit für sich und Alle in Anspruch genommen und hierbei erklärt hatte, daß er, obgleich mit dem Inhalte der Adresse an den König vollkommen einverstanden, die letzte Versammlung nur deshalb verlassen habe, weil er das Bedenken, ob die Stadtverordneten als solche auch kompetent seien, nicht habe unterdrücken können, so habe er doch gehofft, daß nach einstimmiger Annahme derselben sie die allerwillkommenste Aufnahme in Dresden finden werde, und die Antwort habe ihn schmerzlich berührt. Auch er bezugte, daß der König nicht in der Weise von seinen Ministern berathen sei, wie es nöthig, und daß Letztere dem Lande damit keinen Dienst erwiesen hätten. — Mein dies sei eine doppelte Mahnung, die Besonnenheit nicht zu verlieren und von dem gesetzlichen Wege sich nicht zu entfernen. Er schlage deshalb vor, man möge eine sofortige Einberufung der Stände beantragen, nicht aber als Stadtverordnete, sondern als Bürger Leipzigs, und alle Bürger und Einwohner Leipzigs zur Unterzeichnung auffordern. Er werde auch, abgesehen von den Anträgen der Stadtverordneten, eine solche Petition ebenfalls verfassen und zu Unterzeichnung auslegen. Dr. Bachmann stimmte dem Antrage bei, wünschte ihn aber als viertes Petition in das Antwort-Schreiben der Stadtverordneten aufgenommen zu sehen, womit Herr H. Brochhaus sich einverstanden erklärte und nur den Zusatz beantragte, daß die Bürgerchaft und Einwoh-

nerschaft Leipzigs sich daran betheiligen möge. — Hier nach ward abgestimmt und alle vier Punkte wurden einstimmig bei namentlicher Ausrufung mit „Ja“ beantwortet und nachdem Herr Robert Blum noch einen Entwurf zu der zweiten Adresse vorgelesen hatte, übertrug man dem Ueberbringer Prof. Biedermann die weitere Formulirung.

Abends wurde ein Bataillon Communalgarde zur Wache und zum Patrouillendienst commandirt. So viel uns aber bekannt, hat eine Verantwassung zum Einschreiten nirgend stattgefunden. Dagegen wurden von einer großen Anzahl Männer aus allen Klassen der Herren Ruge, Robert Blum, Professor Biedermann, Otto Wigand und Andern donnernde Belehohs gebracht. Nachmittags versammelte sich auch der akademische Senat und beschloß, in einer Adresse über die Fortdauer der Zeit sich ebenfalls kräftigst auszusprechen. (D. A. 3.)

Leipzig, 4. März. Gestern Abend war die Deputation des Rathes und der Stadtverordneten, die dem Könige die Adresse dieser Körperschaften nach Dresden überbracht hatte, zurück erwartet. Gegen 8 Uhr sammelte sich deshalb vor dem Bahnhofs und von dort vor dem Rathhause eine ansehnliche Menschenmasse. Nach langem Warten und nachdem wiederholt versichert worden, der Bahnhof sei noch nicht enttroffen, erschien ein Rathsherr auf dem Balkon und versicherte, daß weder der Bahnhof jetzt angelangt, noch die Deputation zurückgekehrt sei. Sobald sie angekommen, werde man sofort recht gern den dann zu empfangenden Bericht öffentlich mittheilen. Die harrende Menge blieb dem zufolge vereint, bis gegen 9 Uhr die Deputation und später R. Blum auf dem Balkon erschienen, aus deren Mittheilungen die Anwesenden erfuhrten, daß zur Zeit eine zusage Entschlieung nicht erfolgt sei; zugleich aber auch, daß heute Morgen eine Stadtverordnetenversammlung stattfinden und in derselben berathen werden solle, ob nicht sofort in einer neuen Adresse die Entlassung der Minister zu erbitten sei. Später zog ein dichter Haufe vor die Wohnung des Landtagsabgeordneten H. Brochhaus, dem, weil derselbe als Stadtverordneter aus Kompetenzweifeln der Adresse nicht zugestimmt hatte, obwohl er mit dem Inhalte der Petition im Ganzen einverstanden gewesen war, ein Chorivari gebracht wurde, was dadurch einen andern Charakter anzunehmen drohte, daß ein Stein ins Fenster geworfen wurde. Hr. Brochhaus gelang es endlich, sich verständlich zu machen, und nachdem man ihm gesagt, was die Ursache dieses lauten Mißfallens sei, sprach derselbe die Gründe aus, die ihn geleitet, worauf sich die Anwesenden entfernten. (D. A. 3.)

Bekanntlich beabsichtigte die Regierung die Stände zu dem ordentlichen Landtage erst Mitte October dieses Jahres einuberufen. Aus zuverlässiger Quelle können wir aber versichern, daß die neuesten Ereignisse die Regierung veranlaßt haben, die thunliche Beschleunigung der Wahlen anzuordnen, und die Stände, wenn zumal auch finanzielle Fragen dies erfordern sollten, schon zwischen Ostern und Pfingsten zusammen zu berufen zu können. Zu hoffen ist, daß man die Stände solchensfalls nicht zu lange ihren sonstigen Wirkungskreisen entziehen, sondern die Ständeversammlung nach Erledigung der dringendsten Angelegenheiten bis zum Herbst vertagen würde, wodurch zugleich die Zwischen-Deputationen die nöthige Zeit gewinnen würden, um die ihnen vorgelegten und beziehentlich noch vorzulegenden Gesekentwürfe zu berathen. (Lps. 3.)

Frankfurt a. M., 3. März. Sr. königl. Hoheit der Prinz Karl von Preußen weist hier. — Die Frankf. Blätter vom 4. März enthalten folgende Erklärung: „Nach eingegangener Erkundigung können wir aus zuverlässiger Quelle versichern, daß alle in den letzten Tagen dahier verbreiteten Gerüchte über beschlossene oder in Aussicht genommene Hebeziehung fremder Truppen in die hiesige Stadt jeden Grundes entbehren.“ (Allg. Pr. Ztg.)

Frankfurt a. M., 2. März. Gestern Abend hatte in Offenbach eine Versammlung von etwa tausend Bürgern statt, um eine Adresse an die Stände des Großherzogthums Hessen zur Darlegung der Wünsche des Volks zu berathen, die sich den in der Mainzer Adresse formulirten anreihen und auch noch auf einige weitere Gegenstände, wie z. B. Einführung der rheinheftischen Institutionen, Associationsrecht ac. gerichtet sind. Die Offenbacher Adresse wird morgen nach Darmstadt überbracht werden. Diesen Morgen kamen mit dem ersten Zuge der Taunus-Eisenbahn nahe an 300 mainzer Bürger in unserer Stadt an; sie gingen sogleich auf der Main-Neckarbahn nach Darmstadt ab, um die mainzer Adresse zu überbringen. (D. A. 3.)

Sanau, 29. Februar. Heute ist hier folgende Adresse an den Kurfürsten erlassen worden: „Allerburchlauchtigster Kurfürst! allergnädigster Kurfürst und Herr! In einer Zeit und unter Umständen, wie sie sich während einer Reihe von Jahren allmählig gebildet, und wie dieselben jederzeit nun vor uns stehen, emporgehoben zu einer unübersehbaren Macht durch den Umschwung der Verhältnisse in Frankreich, thut es noth, zur Sicherstellung des Vaterlandes und zur Kräftigung der deutschen Macht dem Zustande gegenüber Maßregeln zu ergreifen, aber Maßregeln, die eine wirkliche Sicherstellung und Kräftigung in der That verbürgen. Daß aber diese Maßre gelte bei uns

die rechten werden, dazu ist nöthig, daß unser Fürst über unsere Verhältnisse die Wahrheit höre, wie sie im Volke lebt, und daß diese nicht, durch unaufrichtige Kanäle getrübt, sein dürfe. Das gegenwärtige Ministerium besetzt nicht das Vertrauen des Volkes und hat es nie besessen. Das System, welches von ihm befolgt wird, ist ein verfaßtes, und nur mit verhaltenem Unwillen sah das Volk bisher seine höchsten Güter und seine besten wohlverstandenen Interessen dadurch vernachlässigt, ja glaubt sie einer politisch-religiösen Genossenschaft geopfert. — Die bermaligen augenblicklich vertragen Landstände, in ihrer jetzigen Zusammensetzung, besitzen nicht das Vertrauen des Volkes. Zum Theil zusammengebracht durch Machinationen einzelner Beamten, unvollständig durch willkürlichen Ausschluß würdiger Männer, boten sie bei ihren bisherigen Verhandlungen nichts weniger als das Bild eines Volksorgans, vielmehr einer vortheilhaftigen Minorität, gegenüber in ihrer Majorität ein Schauspiel dar, von dem der Freund des Vaterlandes in zammervoller Erbitterung sich hinwegwandte. Die Presse ist bei uns in einem Zustande der Unterdrückung, wie er noch nie da gewesen. Selbstsücht, regellose Willkür und Gange zur Unterdrückung haben auf diesem Felde dem Ministerium Fortschritte erworben, um die es Niemand auf der weiten Welt beneidet. Wie ist es unter allen diesen Umständen nun möglich, daß Wahrheit zu dem Ohr des Fürsten dringe? Wahrheit muß aber sein zwischen Volk und Fürst, darum bitten wir:

- 1) um Verabschiedung des gegenwärtigen Ministeriums und Einsetzung anderer Minister, deren Persönlichkeit Garantie bietet für durchgreifende Aenderung des bisherigen Systems;
- 2) um Aufhebung der gegenwärtig vertragenen Landstände, sofortiges Verlesen einer neuen Ständeverfassung, Ausschreiben neuer Wahlen und Verbot jeder Beschränkung freier Wahlbewegung;
- 3) um sofortige Freigabe der Presse.

Die Gewährung dieser Bitten wird drei Kanäle öffnen, die den Strom der Wahrheit zum Ohr unsers Fürsten leiten, und nur wenn dieser in höchster Lautstärke zu fließen angefangen, wird es möglich sein, Maßregeln für das Vaterland zu ergreifen, die als willkürlicher Ausfluß eines vernünftigen Gemeinwillens in unserer ersten Zeit allein den Namen wahrhaft vaterländischer verdienen: Maßregeln, allein geeignet, die Sicherheit und die Zukunft unsers Vaterlandes zu verbergen. Vertrauensvoll erwarten wir gewöhnliche Verfügungen Ew. königl. Hoheit, Verfügungen, um einen braven, treuen Volke verbieretmaßen, gerecht zu werden, dessen Name durch das bisherige System fast zu einem Spott geworden ist unter den Völkern. Wolte dazu sich Ew. königl. Hoheit allergnädigst entschließen: für alle Fälle politischer Natur vom Jahr 1830 an bis heute eine vollständige Amnestie und politische Rehabilitation eintreten und die Ministerialbeschlüsse gegen die Deutschkatholiken sofort aufheben zu lassen, so würde dieses zur Vergebung der in diesen Zeiten und unter den obwaltenden Umständen notwendigerweise aufgetragenen Gemüther sicherlich nicht wenig beitragen. Wir verharren ebrfurchtsvoll Ew. königl. Hoh. unterthänige Bürger der Stadt Hanau. (Folgen die Unterschriften.) (D. U. S.)

**Kassel, 2. März.** Heute hat eine Abtheilung Artillerie-Marschordre nach Hanau und Marburg erhalten. (F. S.)

**Wiesbaden, 2. März.** In der heute stattgehabten Volks-Versammlung wurden die Forderungen der Nassauer festgesetzt und sofort durch eine Deputation dem Staats-Ministerium zur Erklärung vorgelegt. Wegen Abwesenheit Sr. Hoheit des Herzogs, dessen Rückkunft sündlich erwartet wird, konnte die Erklärung des Staats-Ministers nur in Bezug auf allgemeine Verfassung und unbedingte Pressefreiheit bejahend gegeben werden. Die übrigen Punkte sind von der Anwesenheit Sr. Hoheit abhängig gemacht, die befördernde Mitwirkung des Ministers aber zugesagt. — Eine zweite Volks-Versammlung ist auf den 4. März d. J. bestimmt worden. — Es sind hier heute nachstehende zwei öffentliche Bekanntmachungen erschienen:

1. Bürger von Wiesbaden! Deutsche Männer! Große Ereignisse kommen uns nahe, und wenige Tage können über das Schicksal von Deutschland entscheiden. Zwei Gefahren müssen uns vorziehen: das nicht nur durch Uneinigkeit Erzeffe und Unsicherheit des Eigenthums entstehen, und daß die große nationale Bewegung der deutschen Bevölkerung nicht durch Verbindungen mit dem Feinde des Vaterlandes ihres Erfolges und ihrer Ehre verlustig gehe. Deutsche Männer und treue Bürger! Treten wir zusammen und ergreifen die Waffen. Die Regierung wird uns kein Hinderniß in den Weg legen. Sie muß uns vertrauen, unserem Muth und unserer deutschen Gesinnung. Jeder treue Bürger lasse sich einschreiben zu den Schaaeren unsers Bürgergarbe, zur Vertheidigung der köstlichen Güter des Vaterlandes und unsers eigenen Heerdes. Deutschland lebe hoch! Wiesbaden, den 2. März 1848. Der Stadtrath und Stadtvorstand.

II. Die Forderungen der Nassauer! — Die neueste französische Revolution, hervorgerufen durch die Treulosigkeit und Corruption der Regierung, hat Europa erschüttert. Sie klopf an die Pforten von Deutschland. Es ist Zeit, das Alles, was von nationaler Kraft, was von Freiheitsgefühl in der deutschen Nation ruht, zur schleunigen Entfaltung gerufen werde. Es ist Vieles, was die Deutschen, was namentlich der Stamm der Nassauer zu fordern berechtigt ist. Aber die Zeit drängt, sie gestattete nicht, Alles, was seit 33 Jahren verkannt worden ist, auf einmal zu ordnen. Folgende Forderungen aber sind es, welche sofort erfüllt werden müssen: 1) Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl seiner Anführer, namentlich sofortige Abgabe von 2000 Flinten und Munition an die Staatsbehörde von Wiesbaden. 2) Unbedingte Pressefreiheit. 3) Sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments. 4) Sofortige Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. 5) Recht der freien Vereinigung. 6) Öffentlichkeit, öffentliches mündliches Verfahren mit Schwurgerichten. 7) Erklärung der Domainen zu Staatseigenthum, unter Kontrolle der Verwaltungen durch die Stände. 8) Sofortige Einberufung der zweiten Kammer lediglich zur Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wählbarkeit nicht an einen gewissen Vermögens-Besitz gebunden ist. 9) Vereidigung aller Beuungen der uns verfassungsmäßig zugehenden Religionsfreiheit. (Mig. Dr. Stg.)

Der Redaktion des Frankfurter Journals ist bereits die erste Nummer einer „Freien Zeitung“ aus dem Herzogthum Nassau zugekommen. Das Frankfurter Journ. theilt den „Ruf und Gruß an alle Bewohner Nassaus und Brudergruß an alle Deutschen“ dieser neuen zu Wiesbaden erscheinenden Zeitung mit.

**Nürnberg, 3. März.** Nachstehendes ist der Wortlaut der gestern in einer Versammlung angenommenen und mit 370 — 380 Unterschriften an Sr. Majestät übersandten Adresse: „Allerunterthänigste Eingabe der unterzeichneten Bürger und Einwohner Nürnbergs, Erfüllung gerechter und zeitgemäßer Forderungen betreffend. Allerhochachtungster zc. Deutschlands gefährlicher Nachbar ist soeben in einer Umwälzung begriffen, die in der Geschichte kaum ihres Gleichen hat. In wenig Tagen können republikanische Heere Deutschlands Grenzen überschreiten und der russische Koloss aus dem Norden heranrücken. Gegen russische Waffen können uns die Bajonette unserer Soldaten schützen, gegen die begehrtesten Schaaeren der Franzosen helfen besoldete Waffen allein nicht, sondern hier muß die deutsche Nation selbst wie ein Mann aufstehen und zur Vergießung des eigenen Blutes bereit sein. Hierzu ist ungetriebene Vaterlands-Begeisterung notwendig. Wenn das deutsche Volk das, wonach es seit Jahren gerungen, wofür es in den ständischen Versammlungen deutscher Länder stets und stets gebeten, ja vor Jahren schon sein Blut vergossen hat, erreicht, so wird sich dieses deutsche Volk einmüthig erheben und Vaterland und Thron vertheidigen. Baiern vor Allen, welches stolz sein kann, einen echt deutschen Fürsten zu besitzen, wird mit Freude in die ersten Reihen der Kämpfenden treten, wenn die drohende Gefahr näher tritt. Ew. königl. Majestät sind stolz darauf, aus dem Munde des Volkes selbst dessen Wünsche und Bedürfnisse kennen zu lernen und wir bezeichnen als solche: I. Durchgreifende und zeitgemäße Reform der bestehenden Wahlgeseze in allen ihren Richtungen; II. unbedingte Pressefreiheit; III. öffentliche Gerichtsbarkeit mit Geschworenen nach dem Vorbild Englands; IV. Vereidigung des Militärs auf die Verfassung; V. gleiche Berechtigung aller Religionen; VI. ein Polizeigesetzbuch; VII. Volksvertretung bei dem deutschen Bunde. Diese Forderungen sind gerecht und allenthalben, wo nicht unüberwindliche Finsterniß herrscht oder physische Gewalt jede freiere Bewegung unterdrückt, haben diese Verlangen in einer Weise sich kund gegeben, daß man wohl sieht, wie die Zeit der Erfüllung gekommen. Indem wir in volstem Vertrauen auf unsern gerechten König der gewissen Hoffnung sind, daß es bei seinen Gesinnungen kaum einer solchen Anregung bedürfte, haben wir es gleichwohl für unsere Pflicht gehalten, unsere Wünsche, so wie unsere Gesinnungen zur Kenntniß Ew. königl. Majestät zu bringen. Doppelt giebt, wer schnell giebt, sagt ein alter Satz; und so stellen wir denn an Ew. königl. Majestät die allerunterthänigste Bitte: „Es mögen Allerhöchstdieselben bei den drohenden Zeitverhältnissen vor Allen die Stände des Reichs einberufen und zur Vorlage der von uns gestellten Anträge die Initiative geben.“ Indem die Unterzeichneten für Ew. königl. Majestät den Segen des Himmels anrufen, werden dieselben auch, wenn es gilt, für ihr deutsches Vaterland Gut und Blut zu opfern jeden Augenblick bereit sein. In allerunterthänigster Ehrfurcht verharren Ew. Majestät allerunterthänigst treuehörigste“ (folgen die Unterschriften.) (Nimb. Cor.)

**Stuttgart, 2. März.** Das Regierungsblatt vom 2. März enthält das nachstehende unmittelbare königliche Dekret, die Aufhebung der Censur betreffend: „Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Württemberg. Wir haben in Betreff der Verhältnisse der Presse, nach Vernehmung unsers Geheimen Raths beschloffen, und verordnen hiermit: § 1. Die durch die Verordnung vom 1. Oktober 1819 eingeführte Censur ist aufgehoben. — § 2. In Folge hiervon treten, bis ein die Verhältnisse der Presse regelnder Beschluß der deutschen Bundes-Versammlung erfolgt, sämtliche Bestimmungen des Gesetzes über die Pressefreiheit vom 30. Januar 1817 wieder in Wirksamkeit. — § 3. Ueber einseitige Einführung eines abgeurtheilten, öffentlichen und mündlichen Verfahrens in Preßsachen soll den Ständen demnächst eine Vorlage gemacht werden. — Unsere Ministerien der Justiz, der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern sind mit der Vollziehung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. — Gegeben Stuttgart, den 1. März 1848. Wilhelm.“

Der ständische Ausschuß hat am 1. März dem Könige in einer Audienz die nachstehende Adresse überreicht: „Ew. königliche Majestät! In einer Zeit der ersten Ereignisse, durch welche Europa erschüttert wird, ersten wir uns doppelt gedrängt, Ew. königliche Majestät im Namen des Volkes, dessen verfassungsmäßiges Organ wir sind, uns mit dem Ausdrücke unserer Ergebenheit, Treue und mit der Versicherung zu nahen, daß der König seinem Volke vertrauen könne, wenn es sich darum handle, Recht, Gesetz und Ordnung zu schützen und das Vaterland zu wahren gegen jeden Feind. In solchen Augenblicken richtet das gesamte Volk seinen vertrauensvollen Blick auf seinen König und auf seine Vertreter, in ihrer Eintracht findet es eine Bürgschaft glücklicher Lösung der schweren Aufgaben, welche sein Wohl bedingt. Wir wissen es, Ew. königl. Majestät werden, wie bisher, so auch in Zukunft vorangehen in dem edlen Bestreben, jeden Mithin in unseren Verhältnissen zu heiligen und den gerechten Wünschen Ihres Volkes entgegenzukommen. Wir halten darum für unsere Pflicht, auch

bei diesem Anlasse die Wünsche, welche im Volke sich kundgeben, und die Hoffnungen, welche sich an die durch Ew. königl. Majestät vom Throne gesprochenen Worte knüpfen, vertrauensvoll vorzulegen. Ew. königl. Majestät erfahrenen Blicken ist es nicht entgangen, daß Deutschlands Grenzen Gefahren drohen, daß sie kräftigen Schutzes bedürfen, daß sie diesen nur finden können in nationaler Einigkeit, in dem Bewußtsein dieser Einigkeit und in dem Gefühl der Kraft und Sicherheit, welche diese erzeugt. Die bisherigen Einrichtungen des deutschen Bundes haben ein solches Bewußtsein nicht erweckt. Möchte es den weisen Anregungen Ew. königlichen Majestät gelingen, den Reiz für Deutschlands Nationalgefühl zur Entfaltung zu bringen. Ew. königliche Majestät haben uns vom Throne verkündet, daß die Presse frei werden solle, die Verwirklichung dieses Wortes wird Ihr Volk mit neuen Banden der Dankbarkeit an Ew. königliche Majestät fesseln. Die Vollziehung der Ablösungen der Grundlasten, die Hebung der Gewerbe durch thätigste Handreichung im Innern und kräftiger Schutz nach außen wird Behebung in bedrängte Gemüther bringen. In den dringenden, zur Äußerung gekommenen Wünschen liegt auch die Freigebung öffentlicher Versammlungen zu Besprechung öffentlicher Angelegenheiten ohne Nothwendigkeit einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß, die Verschärfung der Bürger und die durch die Verfassung zugelegte gesetzliche Regelung des Rechtes, Waffen zu tragen. Möchten Ew. königl. Majestät überzeugt sein, daß bloß das Gefühl der heiligsten Pflicht gegen unsern geliebten König und unser Vaterland es ist, das uns bewegt, der Weisheit Ew. königl. Majestät im tiefsten Vertrauen die Würdigung dieser Verhältnisse anheimzustellen. In tieffter Ehrfurcht verharren wir  
Stuttgart, den 29. Februar 1848.

Ew. königlichen Majestät allerunterthänigster treuehörigster ständischer Ausschuß.  
(Folgen die Unterschriften.)“ (Schw. M.)

**Karlsruhe, 3. März.** Die Karlsruh. Ztg. enthält nachstehenden Erlaß des Großherzogs:

„Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Die schweren Ereignisse der neuesten Zeit können nicht anders, als sich weithin fühlbar machen auf die Grundlagen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. — Wie mehr als in solchen Zeiten ist es Bedürfnis, daß, so wie Regierung und Stände, so Fürst und Volk fest zusammenhalten, um den Feinden unserer verfassungsmäßigen Freiheit und des gesellschaftlichen Zustandes, ob sie im Innern oder von außen sich zeigen, mit vereinter Kraft entgegenzutreten. — In solchen Augenblicken fehlt es nicht an Verführern aller Art. Unter dem misbräuchlichen Vorwande der Freiheit wird häufig die Gesetzlosigkeit, in der alle Freiheit untergeht, gepredigt, oder eine Sacerdötherrschafft Einzelner, die jede freie Äußerung Anderer auf die gefährlichste Weise verfolgen, hervorgerufen. — Ich weiß, daß so viele wohlgeformte Bürger, welches auch ihre politische Ansicht sei, sobald sie nur zu ruhiger Besonnenheit sich fassen und sich von keiner Verwirrung hinreißen lassen, die Besorgniß legen, es möchte unter den obwaltenden schwierigen Verhältnissen auch in unserem glücklichen Lande, durch verwerfliche Bestrebungen Einzelner und Verführung Anderer, eine Störung der Ordnung, Verletzung des Eigenthums und anderer verfassungsmäßiger Rechte herbeigeführt werden. — In dieser ersten Tage wende ich mich mit dem vollsten Vertrauen und mit der alten, nie unterbrochenen Liebe an Mein Volk, das mir auch schon in guten, wie in schweren Tagen so viele Beweise seiner Liebe und Treue gegeben hat; ich wende mich an Alle, denen die Ordnung, das Recht und die wahre Freiheit am Herzen liegen, mit der Aufforderung: daß sie mit mir zusammenwirken, um die heiligen Güter — die Ordnung, das Eigenthum und die verfassungsmäßige Freiheit auch in den Stürmen der Gegenwart aufrecht zu erhalten, so wie es Meine Pflicht und mein fester Entschluß ist, die guten Bürger des Landes in dieser Bestrebung zu unterstützen, verbrederliche Unternehmungen mit allen gesetzlichen Mitteln niederzuhalten. — Meine Badener! An Euch ist es nun, der Welt das Beispiel zu geben eines in gesetzlicher Entwicklung der Freiheit, unter Festhaltung der Ordnung glücklich fortschreitenden Volkes: Ihr werdet — Ich weiß es, Ich vertraue darauf — dieses großartige Beispiel geben.“ Gegeben zu Karlsruhe, den 2. März 1848. Leopold.“

In Karlsruhe ist die Nacht zum 2. März ruhig vorübergegangen, doch zogen am 2. noch Bürger-Patrouillen durch die Straßen. Zwei Bataillone von Nassau sind in Karlsruhe eingerückt.

**Karlsruhe, 2. März.** Heute die nämliche Masse von Zuhörern in der Sitzung der zweiten Kammer. Von den vorbehaltenen Logen ist nur die des diplomatischen Korps respektirt. Die Logen des Hofes und der ersten Kammer sind vom Publikum besetzt. — Der Präsident bringt eine Petition der Professoren in Heidelberg für Bürgerbewaffnung, Pressefreiheit, Schwurgerichte und Revision der Bundesverfassung zur Kenntniß der Kammer. Er zeigt ferner an, daß die Kommission über die gestrigen Vorschläge der 8 Mitglieder ununterbrochen thätig gewesen und heute Bericht erstatten werde. — Nach Uebergabe verschiedener Petitionen spricht: M. P. Bekk. Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß man sich bei der gestrigen Verhandlung über die Presse an dem Ausdruck „provisorisch“ gestossen habe. Die Ueberschrift ist bloß durch ein Versehen des Schreibers in das Regierungsblatt gekommen. Der Ausdruck „provisorisch“ im Text besagt, daß die Verordnung gelte, bis ein allgemeines deutsches Pressegesetz zu Stande gekommen sein wird. Die Verordnung vom 28. Juli 1832, welche das Pressegesetz aufgehoben hat, ist nun selbst wieder aufgehoben, indem das Pressegesetz vom 28. Decbr. 1831 wieder in das Leben getreten ist. — Weiter berichtet über die gestrige Erklärung von 8 Mitgliedern in Betreff der als dringend zu erfüllenden Forderungen des Volkes. Die Kommission hat einige Vnderungen und Ergänzungen an dem Vorschlage vorgenommen. Die einzelnen Punkte betreffen: 1) daß die Regierung die provisorischen Ausnahmengesetze des Bundes nicht mehr als verbindlich erkenne; 2) daß sofort gleiche Vereidigung sämtlicher Staatsbürger mit Einschluß des Militärs auf die Verfassung angeordnet werde; 3) daß alle Beschränkungen politischer Rechte aus dem Grunde, weil ein Bürger einer bestimmten Konfession angehört, aufgehoben wer-

den; 4) Verantwortlichkeit der Minister vor einem Staatsgerichtshof mit Geschwornen; 5) daß in Beziehung auf die Anklage anderer Beamten eine Erlaubniß der Regierung nicht mehr erforderlich sei; 6) Aufhebung aller Reste des Feudalwesens; 7) Anordnungen für gerechte und gleiche Vertheilung der Staats- und Gemeindefürsorge, Pflege der Gewerbefamkeit und der einfachen Arbeit; 8) Aufhebung aller privilegierten Gerichtsstände; 9) volksthümliche Kreisverwaltung durch Vertheilung der Bürger; 10) dringende Hinwirkung auf Errichtung eines deutschen Parlaments; 11) unabhängige Stellung der Richter nach den früheren Anträgen der Kammer; 12) daß das Staats-Ministerium und die Stelle eines Bundesstagspräsidenten nur mit Männern besetzt werden, die das allgemeine Vertrauen des Volkes besitzen. — Im Eingang der Erklärung wird auf die bereits in das Leben geführte Pressefreiheit, auf die zugesagten Schwurgerichte und die Volksbewaffnung hingewiesen, in Bezug auf letztere auch die Erwartung ausgesprochen, daß die Wahl der Officiere durch das Volk und eine wahre Volksbewaffnung gewährt werde. — Nach einer herrlichen Diskussion, die mit voller Freiheit auf beiden Seiten, bei musterhafter Haltung der Zuhörer, geführt wurde, und die erhebenste war von den vielen, die wir gehört, wurden die meisten Anträge einstimmig, einige, mit Ausnahme weniger Stimmen, angenommen. Den meisten Widerstand fand der letzte Artikel, der zwar einen allgemeinen konstitutionellen Satz ausdrückt, aber von der Mehrheit der Kommission und der Kammer auf 2 Mitglieder des Staatsministeriums und den Bundesstagspräsidenten bezogen wird. Mehrere Abgeordnete, die über diesen Gegenstand das Wort erheben hatten, schlossen sich der Erklärung des Abg. Waber an, daß sie für den allgemeinen Grundsatz stimmen, aber nicht für die Anwendung auf die bezeichneten Personen. — Bei den Schlussworten des Berichterstatters: „Gott schütze das Vaterland und den Fürsten,“ brach die Kammer in ein donnerndes Hoch aus. Die Sitzung wurde geschlossen. (Deutsche Z.)

Aus zuverlässiger Quelle wird der Heidelberger Deutschen Zeitung geschrieben: Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Karlsruhe ist gestern Abend niedergebrannt. Nach anderen Nachrichten wäre nur der Dachstuhl verbrannt und der Brand durch Unvorsichtigkeit veranlaßt.

Darmstadt, 2. März. Die Adresse der Bürger von Mainz ist heute an die Abgeordneten dieser Stadt gelangt; die zu deren Ueberreichung gewählte Deputation kam heute Morgen um 10 Uhr hier an und verfügte sich sogleich in das Ständehaus, da eben die zweite Kammer eine Sitzung hielt. Heute Abend wollten sich die Bürger unserer Stadt versammeln, um gleichfalls eine Adresse an die beiden Abgeordneten derselben zu berathen und zu beschließen. Eine Deputation der Stadt Offenbach ist eingetroffen, um gleichfalls den Abgeordneten dieser Stadt eine Adresse zu überreichen. (Allg. Pr. Z.)

Weimar, 3. März. Heute Abend wird auch hier eine große Bürgerversammlung stattfinden, um eine energische Petition an den Landtag zu entwerfen, in welcher um endliche Gewährung der Pressefreiheit, des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens, nachgesucht und der Wunsch ausgesprochen werden soll, daß die hohe Staatsregierung sich zur Errichtung eines deutschen Parlaments verwenden und sich entschließen wolle, eine allgemeine Volksbewaffnung, als den gegenwärtigen Umständen angemessen zu gewähren. Einen ähnlichen Antrag soll der Abgeordnete Henß schon in der heutigen Sitzung des Landtages vorgebracht haben. Daß die Petition mit Tausenden von Unterschriften bedeckt werden wird, unterliegt keinem Zweifel, denn auch hier ist die Stimmung des Volks eine durch und durch nationale und, wie es nicht anders sein kann, eine ziemlich aufgeregte, obgleich sich gegen Regierung und Beamte eine Mißstimmung durchaus nicht wahrnehmen läßt.

Hamburg, 3. März, 11 Uhr Abends. Um übertriebenen Gerüchten vorzubeugen, theile ich Ihnen mit, daß gestern Abend bei uns ein kleiner Kravall stattgefunden hat. Er wurde dadurch herbeigeführt, daß Unzufriedener diesen Mittag ein Flugblatt verbreitet hatten, welches eine allgemeine Versammlung in dem Gebäude der patriotischen Gesellschaft für Freitag Abends zu dem Zwecke zusammenberief, um auf sofortige Ertheilung der Pressefreiheit zu dringen. In Folge dessen versammelten sich diesen Abend zwischen 7 und 8 Uhr Tausende von Menschen, um im Hause der patriotischen Gesellschaft eine Supplik wegen einer Repräsentativ-Versaffung zu unterschreiben. Vernünftigerweise ließ man Alles geschehen. Hierauf wandten sich aber die Massen nach dem Hause des, wie es scheint, nicht eben beliebten Bürgermeisters Kellinghusen, demolirten daselbst die Fenster und drangen in das Haus ein, dessen Thür man zuvor forciert hatte. Ein schnell herbeigeeiltes Detachement der Garnison säuberte jedoch schnell das Haus von den Unruhstiftern, so daß nicht viel Unfug geschehen sein kann. Das Militär stellte sich dann in der Straße auf, machte reine Bahn und wurde nur von einem Volkshaufen umgeben, der abwechselnd von Zeit zu Zeit „Hurrah“ rief oder „auf Hamburgs Wohlergehen!“ oder „ein freies Leben führen wir!“ sang. Es wurde Generalmarsch geschlagen,

die Bürgergarde trat zusammen und patrouillirt jetzt in allen Straßen. Sie wird überall von Volkshaufen mit Hurrah empfangen und hat die Ordnung bereits überall hergestellt. (Allg. Preuss. Z.)

### Frankreich.

Paris, 2. März. (Aufhebung der Beamten-Eide.) Fr. Reg. (Fr. St. Br.) In Anbetracht, daß seit einem halben Jahrhundert jede neue Regierung, die sich erhoben, Eide verlangte und sie leisten ließ, die bei jedem politischen Wechsel durch andere ersetzt wurden. In Anbetracht, daß jeder Republikaner als erste Pflicht volle Hingebung ohne Vorbehalt für sein Vaterland besizt, und daß jeder Bürger, der unter der republikanischen Regierung ein Amt annimmt oder es zu bekleiden fortführt, noch die ganz besondere heilige Verpflichtung eingeht, ihr zu dienen und sich ihr ganz zu ergeben, verordnet die prov. Regierung: „Die Beamten der Administrations- und Gerichts-Beörden leisten keinen Eid.“ — So beschloffen im Stadthause zu Paris, in der Sitzung vom 1. März 1848. (Die Unterschriften der Mitglieder der prov. Regierung). — Im Laufe des gestrigen Tages empfing die prov. Regierung noch eine Menge Handwerker-Deputationen, die alle auf Organisation der Arbeit — das große Steckenpferd des Tages — drangen. Die Regierung antwortete ihnen, daß die im Luxemburg zusammengetretene Staatskommission sich unverzüglich mit Lösung der großen Frage beschäftigen werde. — Außer den Handwerkern empfing die Regierung noch Ausschüsse und Vorstände der medizinischen Fakultät, des Schriftsteller-Vereins, der Stadt Châteaueu Thierren, der Bier- und Weinhändler und der Börsen-Syndikatskammer. — Alle diese Deputationen erschienen vor der Regierung, um ihre Anhänglichkeit und Unterwerfung in mehr oder weniger offener Sprache zu versichern. — Wir beschränken uns für heute auf die Mittheilung der Antwort an den Börsen-Ausschuß: „M. H.“ begann Garnier Pages im Namen der Regierung, „Wenn auch die gegenwärtige Lage kritisch, so folgt doch nicht daraus, daß sie verzweifelt sei. Die Regierung befindet sich in der Lage, alle von dem vorigen Regime eingezogenen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Dieses ist so wahr, daß der Finanzminister heute selbst für Zahlung des griechischen Anlehens sorgte. Aber um so rasch als möglich aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen, die übrigens nur als eine natürliche Folge aller großen politischen Umwälzungen zu betrachten, bedürfen wir des aufrichtigen, ehrlichen und vollständigen Beistandes aller Bürger... (Zahlreiche Stimmen: Der unsrige ist ihnen sicher!). Wohlan, M. H., Ihr Beistand wird uns stark machen; denn er wird das Vertrauen wieder hervorufen; der Kredit wird sich auf unerschütterlichen Grundlagen feststellen (Beifall). Unerschütterlich! meine Herren, denn wir werden keine Budgets von 15 bis 1800 Millionen Ffrs. mehr haben! Sehen wir auch die Staatseinnahmen um etwas vermindert, in Folge der von uns vorzuschlagenden Aenderung des Steuersystems, so wird diese Verminderung doch noch in viel größerem Maße bei den Ausgaben hervortreten, indem von allen jenen schändlichen Beförderungen (marchés honteux) der vorigen Regierung nicht mehr die Rede sein könne.“ Die Rede Cormenin's, des neuen Vicepräsidenten des Staatsraths, im Namen dieser Behörde und die Antwort Cremieux's im Namen der Regierung, sind minder wichtig. Wir geben hier die letztere im Auszuge: „Der Staatsrath, die höchste Centralbehörde des Landes, hatte in seinem Ursprunge eine hohe konstitutionelle Bedeutung. In politischer Beziehung schränkte man ihn aber später sehr ein; in administrativer wurde er desto mehr überladen. Ohne Zweifel wird er in der Konstitution, die uns die National-Versammlung geben dürfte, wieder zu einem bedeutenden wichtigen Rade (rouage) der republik. Regierung, vorzüglich wenn die Nationalversammlung, wie es in unserem Sinne liegt, eine einzige Kammer zu errichten beschließt, welche der Ausdruck oder das Resultat der Abstimmung aller Bürger ist (une Chambre, expression du suffrage de tous les citoyens). Da diese Kammer soll keine verfallene Repräsentation des Landes sein, wie wir sie hatten; keine Repräsentation, die nur aus Männern besteht, die ihre privilegierte Stellung benutzten, sich die materiellen Vortheile zu theilen, die sie abwarf: es wird eine Vertretung des Volkes durch das Volk sein.“ — Der Rest der Cremieux'schen Rede ist einer Besprechung der verschiedenen Staatsformen, die Frankreich durchgemacht hat, so wie einer Darstellung der Nothwendigkeit der definitiven Abschaffung des Königthums gewidmet. (Moniteur). — Für das Ausland ist es nicht unwichtig zu erfahren, daß Jules Bastide, ehemaliger Redakteur am National, zum Generalsekretär des Ministeriums des Auswärtigen ernannt worden ist. Ohne uns eine Charakteristik des Ernannten zu erlauben, glauben wir doch bemerken zu müssen, daß es eben dieser Bastide ist, der im Jahre 1840 am stärksten nach der Rhein-gränze schrie. — Gestern Abend 10 Uhr fand in den Sälen des Courrier français eine Versammlung fast

sämmtlicher Pariser Journale statt, um gegen Wiedereinführung des Zeitungstempels und des Konventionnements zu protestiren. Die Berathung dauerte bis gegen 1 Uhr Nachts. Um diese Stunde begaben sich alle Anwesende, trotz des Platzregens, der vom Himmel strömte, zur provisorischen Regierung ins Stadthaus, um ihr diese Protestation zu überreichen. Sämmtliche Mitglieder waren aber abwesend. Der prov. Generalsekretär empfing die Versammlung an ihrer Statt und versprach ihr, die Protestation bald vorzulegen und die Schritte der Redaktoren zu bevorzugen. Man erwartet die Entscheidung, von der die Lösung der Presse-Eigentumsfrage großentheils abhängt, stündlich. — Ebenso erwartet man morgen im „Moniteur“ die Zusammenberufung der National-Versammlung. — Die prov. Regierung hat den Erzbischof von Paris und die übrigen Bischöfe Frankreichs beauftragt, in dem Kirchengebete Domine salvam Nationalem (behauptet saluum) fac Republicam einzuschalten. Die prov. Regierung zeigt sich den Bischöfen nichts weniger als feindlich; doch hält sie auch auf vollständige Religionsfreiheit. — John Donnell war gestern im Ministerium des Innern und deponierte dort einen Beitrag für die Wessliten. Heute richtete er einen Brief an Andryane, den Chef der betreffenden Abtheilung, worin er unter Anderem der Republik Glück wünschte, solche Männer wie Andryane zu besitzen, die schon in den Gewässern des Spießberg sich die Märtyrerkrone erworben. Herr Donnell ist bekanntlich ein großer religiöser Schwärmer. — Das neue Blatt von Raspail L'ami du peuple, das die prov. Regierung unbarbarisch angriff, ist vor dem Pantphon verbrannt worden.

(Antrag auf Ausstoßung Cremieux's aus der prov. Regierung.) Die Démocratie pacifique überwacht jeden Schritt der Regierung und zeigt sich über den Nepotismus des Justizministers Cremieux sehr ergrimmt. Wir machen auf ihre beiden heutigen Artikel, „Avertissements au Gouvernement provisoire“ und „Une Démission nécessaire“ aufmerksam. Hier nur einige Stellen: „Daß längere Beibehalten Cremieux's als Justizminister birgt große Gefahr. Cremieux's Auftreten bei der reformistischen Bewegung ließ zwar manch politischen Zehritter seines früheren Lebens vergessen, aber sein Benehmen als Justizminister beweist, daß er der Gegenwart nicht gewachsen ist. Er zeigt sich reaktionär und verdorben. Reaktionär deshalb, weil er der Erste war, der den Zeitungstempel und das Cautionnement wieder hergestellt wissen will; verdorben, weil er seiner Schaar von Freunden Aemter verschafft und mit den Staatsstellen umgeht, als wären sie königliche Günstbezeugungen. So hat Cremieux den Herrn Rodriguez, einen Juden und Wertheibiger der Epoque, den Busenfreund Solar's und Granier de Cassagnac's zum Substituten der Staatsanwaltschaft angestellt, Anspach, ebenfalls Jude und berüchtigt durch seine Härte gegen die Zimmerleute, ist wieder in sein Amt eingesetzt. Die Herren Hebert, Peyramont, Delangle, Bresson und Compagnie stehen schon auf der Lauer (Delangle ist seit gestern in der That wieder eingetreten). Wir sind keine Judenhaser. Aber Frankreich wollte eine Republik und keine Sabbathfeier, diese Stellenjägeri ist aber nichts Anderes und darum dringen wir auf Ausstoßung Cremieux's aus der provisorischen Regierung.“

(Ausweisung des Prinzen Louis Napoleon.) Der National und mehrere andere Blätter enthalten folgende Zeilen des Prinzen: „Paris, 29sten Februar. „An die Mitglieder der provisorischen Regierung. (Fortsetzung in der Beilage.)

Dinstag den 7. März 1848.

(Fortsetzung.)

M. H. Nach drei und dreißig Jahren des Erils und der Verfolgung, glaubte ich das Recht erworben zu haben, eine Heimath auf dem Boden des Vaterlandes wiederzufinden. Sie dagegen denken, daß meine Anwesenheit gegenwärtig ein Gegenstand der Verlegenheit werden könne. Ich entferne mich daher einstweilen. Sie werden in diesem Opfer die Reinheit meiner Gesinnungen und die Aufrichtigkeit meines Patriotismus erkennen. Empfangen Sie, meine Herren, die Versicherung ic. (gez.) Napoleon Louis Bonaparte." — Pierre-Napoleon Bonaparte (Sohn Lucian's) hat folgendes Schreiben an die provis. Regierung gerichtet: „An die Glieder der provis. Regierung der franz. Republik. M. H. Sohn des Lucian Bonapartes; genährt in seinen republikanischen Ideen und wie er abgöttischer Verehrer der Größe und des Glückes Frankreichs, eile ich, ein Kind des Vaterlandes, herbei, und stelle mich den eminenten Bürgern, welche die provis. Regierung bilden, zur Verfügung. Das Gefühl, das mich beherrscht, ist enthusiastischer Patriotismus und die Ueberzeugung, daß Frankreichs Wohlfahrt und republikanische Zukunft von dem Augenblick an entschieden waren, wo das Volk Sie an seine Spitze stellte. Gleich meinem Vater, der nie seinem Eide untreu wurde, leiste ich den meinigen für die franz. Republik in Ihre Hände. Genehmigen Sie, m. H., diesen Akt tiefer Sympathie und einer Hingebung, die nichts weiter verlangt, als auf die Probe gestellt zu werden. — (gez.) Pierre Napoleon Bonaparte.“

Der Staat kann gegenwärtig über 135 Millionen Franken in der Bank und über 55 Millionen im Schatz, also im Ganzen über 190 Millionen Franken verfügen.

Im „Coraire“ heißt es: Die französische Gesellschaft war brandig geworden. Ein betrübender Scepticismus hatte die Massen ergriffen. Der Fortschritt der Aufklärung, das Wort der erhabenen Geister fanden sich machtlos, den sozialen Körper zu verjüngen. Es bedurfte einer galvanischen Kraft, die Seelen zu läutern. Dieses Wunder ist vollbracht. Liegt nicht eine Art Fügung der Vorsehung in diesem Bunde harmonischer Elemente, welche inmitten der Krisis an die Spitze des Landes gestellt wurden? Lamartine: die Kunst und Poesie; Dupont (de l'Eure): die Redlichkeit; Garnier-Pagès: die Freiheiten des Landes; Marrast: die Presse; Louis Blanc: die Arbeit; Marie und Ledru-Rollin: die Freiheit und das Wort; Cremieux (Spezial): die Gleichheit der Kulte; Albert (Arbeiter): die Volkerecht.

Der Finanzminister zeigt an, daß vom 5. ab alle Journale wieder gestempelt sein müßten. Er hofft, daß die Organe der öffentlichen Meinung ein Beispiel des Gehorsams gegen die Gesetze geben werden, bis der Tag gekommen ist, wo eine Reform eingeführt werden kann. — In Paris herrscht wieder die tiefste Ruhe. Alle Legitimisten, die H. B. Berryer und Larochefoucauld an der Spitze, schließen sich der neuen Regierung an: dasselbe thun die Finanzmänner. Man scheint nichts mehr zu fürchten und einzusehen, daß der Kommunismus keine Aussichten hat. Man will nichts von Cabot wissen. — Den ehemaligen Seine-Präsidenten, Herr von Rambuteau, hat man gestern als Nationalgarbisten gesehen. — Der Sohn des Fürsten Polignac ist Kapitän in der Nationalgarde geworden. — Herr Guizot soll bereits von London aus geschrieben haben (nachdem die Times noch nicht gewiß ist, daß er es sei, der auf Jersey eingetroffen); auf seiner Uebersahrt soll er von einem furchtbaren Sturme heimgeführt worden sein, der einem Passagiere und einem Matrosen das Leben kostete. Jetzt versichern seine Freunde, er hätte bei der Veracht über die Thronrede sich auf das Festigste der Einführung der Worte „verblendete und blinde“ widersetzt. „Karl X.“ soll er ausgerufen haben, „ist wegen eines Artikels der Charte gefallen. Das Jubiläum darf wegen zweier Ausdrücke nicht seinen Sturz wegen.“ Wäre dies begründet, so wäre sein späterer Sturz um so unerklärlicher.

(Nach 3.)

Unter der Leitung Lamennais' erscheint seit 4 Tagen eine neue Zeitung, „Le Peuple Constituant.“ Die heutige Nummer enthält einen Artikel über den Stand der Nationalgarbisten. — Der Sohn des Fürsten Polignac ist Kapitän in der Nationalgarde geworden. — Herr Guizot soll bereits von London aus geschrieben haben (nachdem die Times noch nicht gewiß ist, daß er es sei, der auf Jersey eingetroffen); auf seiner Uebersahrt soll er von einem furchtbaren Sturme heimgeführt worden sein, der einem Passagiere und einem Matrosen das Leben kostete. Jetzt versichern seine Freunde, er hätte bei der Veracht über die Thronrede sich auf das Festigste der Einführung der Worte „verblendete und blinde“ widersetzt. „Karl X.“ soll er ausgerufen haben, „ist wegen eines Artikels der Charte gefallen. Das Jubiläum darf wegen zweier Ausdrücke nicht seinen Sturz wegen.“ Wäre dies begründet, so wäre sein späterer Sturz um so unerklärlicher.

der neuen Regierung, und unser Patriotismus ist schon mehr als einmal verurtheilt gewesen, über ihre Intriguen wegzuschreiten, um erste Pflichten zu erfüllen. Man darf sich über den ersten und wahrhaft tragischen Charakter dieser außergewöhnlichen Lage nicht täuschen. Das wenigst geübte Auge muß ohne Mühe sehen, wie viel Falsches in dieser unerwarteten Anhänglichkeit, die sich so auf einmal an die Republik reißt, liegt. Diese Ergebnisse-Erklärungen, welche die neue Regierung bei ihrem Entstehen begrüßen, richten sich keinesweges an die Republik und die Grundsätze, die ihr als Basis dienen müssen. Sie begrüßen die neugeborene Macht als eine Art schützender Polizei. Diese Ergebnisse fordert kein Opfer, und sie giebt den Faktionen die Zeit, sich im Dunkeln zu organisiren, um die Herrschaft wieder zu erlangen. Es ist das ein Schirm gegen den Sturm; man ruht unter demselben eine Zeit lang aus, um ihn näher in Brand zu stecken. Man klage uns nicht an, von dem Gesamtvolke des Vaterlandes Bürger ausschließen zu wollen, die mehr oder weniger gegen die Freiheit gesündigt haben. Die gesellschaftliche Ordnung, die wir herzustellen suchen, soll selbst von ihren Feinden Nutzen ziehen. Aber wir wollen nicht, daß sie sich des Heiligthumes (sanctuaire) der Republik bemächtigen. Sie mögen ihre Gäste sein, wenn sie das wollen; sie sind es schon; leiden wir nicht, daß sie ihre Herren seien!“ Diese Klage ist ziemlich allgemein und auch gerechtfertigt. — In demselben Blatte steht auch ein Artikel an die Arbeiter, der nicht ohne Bedeutung ist. Hier waert ein Mitarbeiter Lamennais', Hr. Aug. Barbé, gegen die „Systeme“ der Organisation der Arbeit, die, wie „unser Militär-Organismus, das Individuum an die Staats-Maschine fesseln. Boreest mögen die Arbeiter sich damit begnügen, die Tagesarbeit auf 10 Stunden herabgesetzt zu sehen; sie mögen an die Verhandlungen der National-Versammlung, an denen sie selbst Theil nehmen werden, appelliren und von dieser die Organisation des Kredites und der Arbeit erwarten.“ Der Mitarbeiter Lamennais' scheint eher eine Organisation des Kredites zu wünschen, als eine Organisation der Arbeit. Er sagt weiter: „Mit Kredit kann der Arbeiter die Instrumente der Produktion herbeschaffen; mit Kredit kann er diese in Thätigkeit setzen, und findet Zeit, sie auszutauschen. Ohne Kredit fällt er dem Zinswucherer anheim, der die Arbeit seiner Hände absorbiert und ihn verhindert, seine Bedürfnisse zu befriedigen.“

(Kön. Ztg.)

Trauriger für die Dynastie Orleans als ihr Sturz ist die allgemeine Theilnahmlosigkeit an ihrem Schicksal. Allerdings war der Zauber des Königthums schon längst verschwunden, und es ist natürlich, daß von dem Augenblick an, in welchem der König nur noch als ein mit der höchsten Magistratur des Landes bekleideter Bürger betrachtet wurde, der Thron nicht mehr jene ritterlichen Gefühle einschließen konnte, auf die er sich vor der großen Revolution stützte. Dies verhinderte aber nicht die Anhänglichkeit an die Person des Monarchen und der Mitglieder seiner Familie, und als Karl X. den heimathlichen Boden fliehen mußte, durfte er sich mit dem Gedanken trösten, daß er von Tausenden beweint wurde, obgleich man sich über die von ihm begangenen Fehler keine Illusionen machte, und man der Zukunft mit einer viel größeren Zuversicht entgegen sah, als heute der Fall. Als er zu Rambouillet abdankte, sah er sich von einer treuen und entschlossenen Garde umgeben, eine Menge Beamte richtete ihre Entlassung ein, zahllose Offiziere zerbrachen ihre Degen, die geachteten Familien trauerten um die gefallene Dynastie, und eine Zeit lang konnte sie sich mit der Hoffnung schmickeln, mit Gewalt wieder zu gewinnen, was ihr Gewalt genommen hatte. Von solchen Hingebungen ist heute keine Spur vorhanden, und nie wird sich der Graf von Paris eines Belgrave Square rühmen können. Ludwig Philipp floh von Allen, selbst von den Dienern des Hauses verlassen, aus seinem Palaste, man ließ ihn ziehen, ohne ihm die Ehre zu erwirken, ihn für gefährlich zu halten, und sein persönlicher Freund, Herr Dupin, war es, der am höchsten Gerichtshof den Vorschlag machte, in Zukunft die Gerechtigkeit „im Namen des französischen Volkes“ auszusprechen. Keine Thränen für die Gefallenen. — Unter den Personen, welche sich neuerdings der neuen Ordnung der Dinge angeschlossen, bemerkt man Hr. Napoleon Duchatel, den Bruder des sächlichen Ministers des Innern. — Einer der Adjutanten des Herzogs von Nemours hat den neuen Minister des Innern gestern um die Diktion des Theatre français gebeten. — Es hat heute eine sehr zahlreich besetzte Versammlung von Amerikanern, welche in Paris wohnen, stattgefunden, um zu berathen, ob es nicht passend sei, in einer Adresse an die provisorische Regierung ihre Sympathien und ihre Bewunderung für das französische Volk während

und nach seiner Revolution auszusprechen. Den Vorsitz führte Washington Irving. Es wurde sofort eine Adresse in dem bezeugten Sinne aufgesetzt und sie wird von den Unterzeichnern in corpore der provisorischen Regierung übergeben werden. — Der russische Gesandte hatte gestern eine lange Konferenz mit Herrn v. Lamartine, die sich indeß nur mit Feststellung von Passivitäten beschäftigt haben soll. — Die Wunden, welche General Lamorticière an der Hand und in der Seite erhalten, sind beinahe geheilt, und er wird unverzüglich nach der Nordgrenze abgehen können, wo er den Auftrag hat, ein Observations-Corps zu organisiren.

Ein großer Zug, aus Bürgern und einer Deputation der Schulen zu Paris und St. Cyr bestehend, begab sich heute Vormittag vom Stadthause auf den Kirchhof von St. Mandé. Marrast und der Maire von St. Mandé hielten sehr feurige Vorträge am Grabe Carrel's. Was aber am meisten interessirte, war eine Rede Emile de Girardin's, von dessen Hand bekanntlich Carrel im Duell gefallen. „Bürger!“ — das waren die Hauptzüge aus seiner Rede — „Indem ich mich dieser ersten und schmerzlichen Feier beigeselle, möge Keiner das Gefühl misskennen, das mich hierher führt. Ich entsprach einem eben Aufzuge, der an mich ergangen. Ein solcher Aufruf konnte mich nur ehren, denn er setzte voraus, daß mein Herz gemeines sei. Er bewies, daß man weder an der Aufrichtigkeit noch an der Dauer meiner Trauer um den Verstorbenen zweifle, die ich schon bei einer andern Gelegenheit an den Tag gelegt. Hätte sich diese Trauer um den Verlust des ausgezeichneten Bürgers steigern können, so würden es die jüngsten Ereignisse thun. Gestehe, daß Armand Carrel demselben fehlt, heißt ihm die glänzendste Anerkennung zollen. Doch ich irre mich. Noch eine Weihe gebührt ihm, und diese ist, von denen, welche die Todesstrafe abgeschafft, auch die Unterdrückung des Duells zu verlangen.“ — Es heißt, daß am Montag den 6. März die Operationen der Börse wieder beginnen. — Auf den Boulevards waren heute mehr als 500 Roulettes in Arbeit, an welchen das frowerdene Volk das Geld verpielten kann, welches die Regierung an dasselbe verleiht. — Unter den Papieren, welche man in dem Privatsekretär Louis Phillips gefunden, befindet sich ein Brief von König Leopold, der die folgende Stelle enthält: „Unsere Operation in den Prozentigen ist nicht glücklich, und Schuld daran sind Ihre Minister, die gegen unsere Berechnung gehandelt haben.“ — In Lyon ging am 29. Febr. das geistreiche Gerücht, Piemont habe die Republik proklamirt, und den König Karl Albert zum Präsidenten derselben ernannt. (Mém. B.)

Lyon, 28. Februar. Die feierliche Proklamirung der Republik hat heute Mittag hier in Gegenwart Ugos, der dazu von Paris hierher gekommen war, stattgefunden. Eine Proklamirung der Behörden zeigte an, daß die Bank vom heutigen Tage an wieder zahlte, und daß sämtliche Wechsel bis zum 15. März prorogirt seien. Diese Publikation hatte die Folge, daß heute kein Laden mehr geschlossen blieb und wieder regelmäßiger Verkehr und Ruhe herrschte.

Straßburg, 2. März. Die National-Garde versetzt jetzt gemeinschaftlich mit der Linie den Sicherheitsdienst in der Stadt und steht als Wache an dem Gemeindehause, der Präfektur und der Bank. Es sind Truppen nach den verschiedenen Punkten des Elsaßes abgegangen, und die hiesige Besatzung soll um 2 bis 3 Regimenter vermehrt werden.

## Großbritannien.

London, 1. März. Von Ludwig Philipp wußte man bis heute Mittag nichts. Der Herzog von Nemours hörte, als er von seinem Besuche bei der Königin Victoria zurückkehrte, daß der Graf von Jarnac, der französische Gesandte, bei dem er abgestiegen war, Depeschen von Herrn v. Lamartine, Minister der auswärtigen Angelegenheiten der französischen Republik, erhalten hätte. Er beschloß sogleich, das Hotel denselben Abend zu verlassen, und bezog mit der Herzogin v. Montpensier das Hotel des belgischen Gesandten, Herrn van de Weyer, der ihm seine Villa in East Steen, ganz nahe bei London, zur Verfügung gestellt hat. Um 8 Uhr sandte Graf von Jarnac, jetzt Herr Jarnac, Depeschen nach Paris. Die hohe Aristokratie strömte in diesen Tagen nach seinem Hotel, um den erlauchten Flüchtlingen ihre Aufmerksamkeit zu bezeugen.

Durch den elektrischen Telegraphen ist von Southampton die Nachricht eingetroffen, daß der General Lefebvre mit einem Bienten, den man für Herrn Guizot hielt, in Jersey angekommen war. Auf demselben Schiffe befand sich auch eine Dame mit zwei Kindern, die nach der zuverlässigen Angabe des Jersey-Chronicle, die Herzogin von Orleans (s. dagegen

den Artikel „Koblenz“) gewesen sein soll. Wenigstens ist es gewiß, daß der Gouverneur von Jersey die Reisen mit großer Ehsurd und Aufmerksamkeits behandelt und mit dem angeblichen Bedienten ein längeres Gespräch anknüpfte. (N. Beob.)

**Belgien.**

Brüssel, 2. März. Die Befürchtung, daß auch Belgien in den revolutionären Strudel der neuesten französischen Ereignisse hineingezogen werden möchte, erschien wohl für einen Augenblick gerechtfertigt, wenn man die in vielfacher Beziehung in naher Verbindung stehenden Verhältnisse beider Nationen in Betracht zog, welche seit dem Jahre 1830 mehr oder weniger durch Sprache, durch Sitten und politische Institutionen in näherer Wechselbeziehung gebracht worden waren. Glücklicher Weise haben sich indessen diese Vermuthungen bis jetzt nicht befestigt, und es ist alle Hoffnung vorhanden, daß dies auch für die Zukunft nicht der Fall sein wird. Man kann wohl sagen, daß die inhaltsschweren Ereignisse der letzten Tage für die belgische Nation ein Probierstein ihrer Gesinnung dem den geselligen Fortschritt mollanden Europa gegenüber war, und wenn ihr Verhalten diesen Versuchungen gegenüber bisher ein die vollste Anerkennung verdienendes war, so wird es nicht am unrechten Ort sein, die Ursachen, welche dasselbe hervorriefen, mit wenigen Worten anzudeuten. Die belgische Verfassung beruht auf einer weit breiteren Basis, als dies bei der französischen, durch die Juli-Dynastie begründeten der Fall war, und der Belgier erkennt, daß er bei einem neuem Umsturz derselben nicht allein Nichts gewinnen, sondern die erlangten Freiheiten selbst in Gefahr bringen würde. Dieser Gedanke tritt bei dem besseren und größten Theile der Nation als überzeugende Wahrheit hervor und leitet den Sinn auf ein ernstes und würdigeres Ziel: auf die Bewahrung seiner Nationalität und Unabhängigkeit. In diesem Sinne hat sich auch fast die gesammte Presse, welche in ihrer völligen Unabhängigkeit einen großen Einfluß ausübt, ausgesprochen, und ihr gebührt daher das Verdienst, zur Erhaltung der zeitweiligen Ruhe und Ordnung unendlich viel beigetragen zu haben. Sie hat sich gleich Anfangs auf einen Standpunkt wahrhafter Unabhängigkeit gestellt, indem sie sich von den Leidenenschaften abwendete und dagegen von patriotischen, dem Wohl des Staates entsprechenden Gefühlen leiten ließ. Der Ausruf, welcher in den Mittern fast aller Farben wiederhallte: „Wir wollen Belgier bleiben! Wir wollen unsere Nationalität und Unabhängigkeit bewahren!“ legt hierfür das beste Zeugnis ab und entbehrt nicht der Hinzufügung jedes Kommentars. Der einzige Druck, welcher auf Belgien lastete, war der hierarchische und die dadurch erzeugten Mißbräuche. Es herrscht deshalb auch unter dem Publikum nur eine Stimme, daß der Wechsel des Ministeriums im Sinne der öffentlichen Meinung unter den jetzigen Verhältnissen für die Ruhe Belgiens als ein Glück zu betrachten ist, und der Geist der Ordnung, welcher sich bis jetzt kund giebt, ist theilweise eine Rückwirkung des Vertrauens, welches das Kabinett besitzt. Dies mag, beiläufig gesagt, auch keine nutzlose Bemerkung für jene Correspondenten sein, die von hier aus auch in großen deutschen Blättern im ultramontanen Sinne lägenhafte Berichte aufschickten. Brüssel und die übrigen großen Städte des Landes sind, wie gesagt, bis jetzt völlig ruhig, und selbst unter den untersten Klassen der Bevölkerung giebt sich keine außergewöhnliche Aufregung kund. Das, was bisher vorgefallen ist, steht ganz vereinzelt da. So wurde in der Nacht vom 26. zum 27. vor dem Rathhause ein Tumult verübt, bei dem sich leider meist nur deutsche, der hiesigen demokratischen Gesellschaft angehörende Arbeiter betheiligten; man sagt, der Redakteur der Deutsch-Brüsseler Zeitung sei bei dieser Gelegenheit auch verhaftet worden; so wurden gestern Morgen angeheftete auführerische Plakate von der Polizei abgenommen, in welchen das belgische Volk zur Nachahmung des Beispiels seiner französischen Nachbarn aufgefordert und demselben deren Hülf zugesagt wurde. Die Behörden sind inzwischen wachsam und die Bürgergarde zeigt sich im Dienst zu deren Unterstützung bereitwillig. Namentlich ist man bezüglich der Pässe augenblicklich sehr streng, und den Fremden, welche ihre Existenz nicht genügend nachweisen oder sich durch gute Papiere ausweisen können, dürfte es schwer halten, die Erlaubnis zum Aufenthalt hier zu erlangen.

**Desterreich.**

Venedig, im Februar. Im Volke des lombardisch-venetianischen Königreichs wurzelt die feste Ueberzeugung, daß der König von Sardinien den unter österreichischem Zepter lebenden Italienern im günstigen Augenblick mit bewaffneter Hand zu Hülfe eilen werde, und dieser felsenfeste Glaube trägt nicht wenig dazu bei, daß der Trost und der herausfordernde Uebermuth der Mißvergünstigen hier mit jedem Tage wächst. Aber auch in den obern Regionen muß man sichere Anzeichen von den geheimen Absichten der sardinischen Regierung besitzen, denn sonst ließen sich viele Vorkehrungen in der Lombardie gar nicht erklären, und die vielbesprochene Phrase in der kaiserlichen Proklamation, wo davon die Rede, daß Desterreich die Ruhe des Königreichs gegen alle Störungen von Innen und von

Außen zu schützen wissen werde, hat man in Turin am geeigneten Orte gewiß sehr gut verstanden. — Die Publikation des Standrechts, das indes erst nach 14 Tagen in Wirksamkeit tritt, hat allerdings auf das Gemüth des Volkes Eindruck gemacht, aber dieser Eindruck würde noch weit größer gewesen sein, wenn der Verfasser des bezüglichen Aktenstückes sich einer kürzeren Form bedient hätte, denn so wie es ist, muß es selbst eine dauerhaftere Geduld, als die der Italiener ermitteln, und statt die moralische Wirkung auf den Leser durch Prägnanz und kategorischen Ausdruck zu fördern, ergiebt sich das Plakat in juristisch-geläuterten Ausführungen, wobei der Text von gemüthlichen Paragrapphen aus dem Kriminal-Kodex wimmelt, Herz und Nieren aber nicht erschüttert werden. — Die Beschwerden des Stadtrathes von Mailand über die in der letzten Zeit bestimten Deportationen angesehener Personen, die der Theilnahme an der Leitung der Volks-Unruhen verdächtig waren, nach Laibach, Grätz, Linz, Brünn u. s. w. wird für den Moment vielleicht ganz unbeantwortet bleiben, später dürfte die Erwiderung erfolgen, daß man im Drange außerordentlicher Umstände auch zu außerordentlichen Mitteln schreiten müsse, und diese Ausnahmemaßregeln vielfach provocirt worden seien.

**Schweiz.**

Neuenburg, 29. Febr. Auch in diesem Lande ist eine Revolution ausgebrochen. Am 28. beschloß das Patriotencomité von La Chaux-de-Fonds, alle Comités des Landes auf Mittwoch den 1. März einzuberufen und am Donnerstag sollte die Regierung aufgefordert werden, ihre Entlassung einzugeben, und die Royalisten zu entwaffnen. Der Anstoß von Westen her scheint aber die Massen rascher und elektrischer ergriffen zu haben, als selbst die Führer ahnten. In Locle und La Chaux de Fonds wollte das Volk nichts von diesem langsamem Wege wissen. Folgender Brief: Auszug zeigt den Weg, den man seit kurzer Zeit gemacht hat: La Chaux de Fonds, 29. Febr. 10 1/2 Uhr Morgens: Die Revolution wird um 11 Uhr losbrechen. 12 Uhr: Soeben hat La Chaux de Fonds die eidgenössische Fahne aufgestellt, wie auch Locle, man spricht von einem Zug nach Neuenburg mit Hülf der Berner. 1/4 auf 2 Uhr: Alles ist vorbei, der Maire von La Chaux de Fonds hat seine Entlassung gegeben, die Behörden von Locle ebenfalls. Man erwartet, daß auch die Regierung keinen Widerstand versuchen werde. (D. P. N. Z.)

**Lokales und Provinzielles.**

Breslau, 6. Februar. Der hiesige Magistrat hat durch öffentliche Anschläge folgende Bekanntmachung erlassen: „Es ist zu unserer Kenntniß gelangt, daß am heutigen Abend eine öffentliche Versammlung stattfinden sollte, um über die politischen Verhältnisse der Gegenwart und die darauf zu gründenden Forderungen zu beraten. Eine solche Versammlung ist mit den bestehenden Gesetzen nicht vereinbar. — Der Magistrat erwartet daher, daß diese Versammlung unterbleiben und die Einwohnererschaft vielmehr vertrauen werde, daß Magistrat und Stadtvorordneten-Versammlung, als die alleinigen gesetzlichen Organe der Gemeinde, die wahren Bedürfnisse derselben erkennen und auf ihre Befriedigung so wie bisher im gesetzlichen Wege hinwirken werden.“

Breslau, 6. März. Polizeiliche Nachrichten des Dresd. Anz.) Seit einigen Tagen sind eine Menge Gerüchte im Publikum verbreitet, die zwar an sich für sich jedem Unbefangenen unglauwbüdig erscheinen müssen, nichtsdestoweniger aber alle Schichten der Gesellschaft durchlaufen, und wenn sie begründet wären, allerdings geeignet sein würden, Besorgniß zu erregen. So trägt man sich seit beinahe 14 Tagen mit der unglauwbüdig abernern Sage: es sei eine sehr große Menge Commisbrodt vergiftet worden, der Bäcker habe aber Neure über seine That empfunden und die Sache selbst angezeigt. Wie und wodurch jene abgesehmackte Sage entstanden ist, die mit einigen hier stattgehabten Haus-suchungen und Verhaftungen in Verbindung gebracht wird, ist aller Mühe ungeachtet nicht zu ermitteln gewesen. Soviel aber kann versichert werden, daß an der ganzen Sache nicht ein wahres Wort ist. Wahrscheinlich hat sich ein müßiger Kopf das Märchen erfunden, und zuerst einem leichtgläubigen Thoren aufgedun-den, der die Sache dann als eine Neuigkeit ersten Ranges weiter erzählt haben mag. Auf andere Art ist die Entlebung kaum zu erklären. — Eben so erzählt man sich, daß aus Besorgniß vor Unruhen Seiten der Polizei-Behörde jedem Hauswirth abgenommen worden sei, mit dem Eintritt der Dunkelheit und besonders der Nachtzeit die Hausthüre abzuschließen. Wir können aus zuverlässiger Quelle versichern, daß ein solches Gebot auch nicht an einen einzigen Hauswirth erlassen worden ist, noch weniger aber die Behörde daran gedacht hat, eine solche Maßregel aus Anlaß der letzten Vorgänge eintreten zu lassen. Allerdings sollen nach einer alten bekannten Verordnung zur Nachtzeit Haus-

und Hofthüren verschlossen werden und jeder Nachtwächter ist verpflichtet, darauf zu achten, daß dies geschehe. Dagegen ist der Grund dieser Bestimmung so nahe liegt, daß er einer Erwähnung gar nicht bedarf, ist auch nicht einmal den Polizei-Beamten oder Nachtwächtern eine Anweisung zugegangen, auf die Genügung jener Bestimmung zu halten, da derselben ohnehin überall genügt wird. Möglicherweise könnte folgender Umstand zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben haben. In der letzten Zeit sind nämlich mehrere Erzeße in einigen Schankstätten vorgefallen, welche von den niederen Ständen besucht zu werden pflegen, und zwar sind dieselben Abends nach 11 Uhr verübt worden. Dies hat Veranlassung gegeben, mehren Schankwirthen die gesetzliche Bestimmung in Erinnerung zu bringen, wonach sie verpflichtet sind, ihre Schankstätten um 10 Uhr Abends zu schließen. Es ist dies lediglich in der Absicht geschehen, ferneren Erzeßen in derartigen Schankhäusern vorzubeugen, was am zweckmäßigsten dadurch geschieht, daß die Gelegenheit zum übermäßigen Branntweingenuß vermindert wird. — Eben so erzählt man sich, daß am 2ten d. Mts. die Aufführung des Wilhelm Tell im Theater durch die Polizei-Behörde untersagt worden, und diese Unterfagung aus Besorgnissen vor Unruhen und Aufregung erfolgt sei. Die Polizei-Behörde hat aber gar nicht daran gedacht, dieses Verbot ergehen zu lassen. Die erwähnte Oper konnte nicht zur Aufführung kommen, weil Herr Nigger an jenem Tage erkrankt war, wie auch die Theaters-Direktion angezeigt hat. Dies war der alleinige Grund zu der Veränderung des Repertoirs, welche nicht einmal der Polizei-Behörde angezeigt worden ist.

**Genugthuung.**

Der Dr. Regenbrecht hat es übel genommen, daß wir in unserem Kommunal-Berichte gesagt: es hätten in der letzten Stadtvorordneten-Sitzung seine Worte, in den Schriften sei nichts „ungeklärtes“ und sie könnten auch „vorgelesen“ werden, bei Vielen Erstaunen erregt, wir erklären jetzt, daß Andere dagegen die Versicherung gegeben, sie seien über Regenbrechts Worte gar nicht erstaunt gewesen — — —

7. Ratibor, 4. März. Heute sollten hier zwei Hinrichtungen stattfinden. Der des Raubmordes geständige, 22 Jahr 11 Monat alte Frieresohn Franz Dkwiek, aus Petershof bei Lublinitz, und der der Ermordung seiner Geliebten überweisene, 25 Jahr alte Webergeselle Kasimir Ruppik, aus der Gegend von Myslowitz her, waren zur Todesstrafe durch das Bill verurtheilt worden. Dkwiek beweihte sein unglückliches Schicksal mit der größten Reue und nahm Abschied von den sämmtlichen Gefangenen des hiesigen königlichen Inquisitorats in dessen Hofsaale mit der Bitte, ihm, im Falle er sie je beleidigt haben sollte, zu verzeihen. Er wurde, nachdem er auf dem Richtplatze im Beisein des Geistlichen einmündiges Gebet verrichtet, das den ganzen Weg in seinen Händen haltende Kreuziß gelüßt und auf dem Hütgerisse, gegen den Himmel sehend, noch ein Kreuz gemacht hatte, um 7 3/4 Uhr Vormittags vom Leben zum Tode befördert. — Die Hinrichtung des Ruppik, der die bei Eröffnung des Erkenntnisses bewiesene Frechheit noch jetzt immer fortsetzt, den Geistlichen und den Tod verschönte, wurde ausgesetzt, da er den Tag vorher neue Thatsachen angebracht hat, die noch untersucht werden sollten. Bei dem vertrockneten Charakter des Verbrechers hält man sie jedoch allgemein für fingirt und vom Ruppik nur um deshalb angebracht, damit entweder die Vollstreckung der Todesstrafe weiter aufgeschoben oder die Verwandlung der Todesstrafe in Freiheitsstrafe erzielt wird. — Leider gehörte auch bei dieser heutigen Hinrichtung der größere Theil der Zuschauer dem weiblichen Geschlechte an. — Ein hiesiger Einwohner, welcher von der fürchterlichen Exekution heftig ergriffen worden war, stürzte auf dem Heimwege, von einem Schlaganfalle getroffen, plötzlich todt darnieder.

**Oberschlesische Eisenbahn**

In der Woche vom 27. Februar bis 4. März d. J. wurden auf der Oberschlesischen Eisenbahn 7064 Personen befördert. Die Einnahme betrug 24971 Rthl.

Im Monat Februar d. J. benutzten die Bahn 24076 Personen und wurden befördert 198,258 Str. Güter. Rthl. Sgr. Pf. Die Einnahme betrug für Personen r. 15,733 16 10 Für Güter r. 44,491 18 1

Uebershaupt im Monat Februar 60,225 4 11

**Reiffe-Briegger Eisenbahn.**

In der Woche vom 27. Februar bis 4. März d. J. sind auf der Reiffe-Briegger Eisenbahn 877 Personen befördert worden. Die Einnahme betrug 511 Rthl.

Im Monat Februar benutzten die Bahn 3,007 Personen und wurden befördert 15,355 Str. Güter. Rthl. Sgr. Pf. Die Einnahme betrug für Personen r. 1229 2 6 Für Güter 704 15 —

Uebershaupt 1933 17 6

Krahan-Obereschleische Eisenbahn.

In der Woche vom 21. bis 27. Februar wurden befördert 799 Personen, 6004 Centner Güter, eingenommen 1261 Rthl.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Auf der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn wurden in der Woche vom 27. Februar bis 4. März d. J. 2823 Personen befördert. — Die Einnahme betrug 3258 Rthl. 7 Sgr. 3 Sgr.

Im Monat Februar d. J. benutzten die Bahn 10353 Personen. Die Einnahme betrug: Rthl. Sgr. Pf.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'an Personengeld', 'für Vieh, Equipagen- und Güter-Transport', and 'Gesamt-Einnahme'.

Wilhelms-Bahn.

Im Monat Februar fand auf der Wilhelms-Bahn folgende Frequenz statt. Es wurden befördert: 4412 Personen für 2213 Rthl. 8 Sgr. — Pf.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Gepäck für Hunde', 'Pferde und andere Thiere', 'Equipagen für', and 'Gesamt-Einnahme'.

D r i e f l a s t e n.

Zurückgelegt wurden: 1) 5 Krüffel, 1. März; 2) \* \* \* Dosen, 2. März; 3) Kiegnitz, 4. März; 4) Eingefandt, unterz. ein Reisender.

Die Wiener Post ist heute ausgeblieben.

Verantwortlicher Redakteur Dr. J. Nimbö.

Wir bedauern, daß an mehreren Plätzen der Stadt unsere Ankündigung des heut erschienenen Extrablattes nicht vorgefunden worden ist. Die Ankündigung ist nicht von unserer Seite irgendwo unterlassen worden, vielmehr haben wir leider erfahren müssen, daß viele Anschläge von dazu angestellten und dafür bezahlten Straßengängen noch gestern Nachmittag abgerissen worden sind.

Breslau, 6. März 1848. Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Das tiefe Mißgefühl, welches die traurigen ober-schleischen Zustände im Herzen eines jeden Menschen erregen, namentlich die dortige Verbreitung des Typhus, veranlassen mich, den Typhus-Kranken und deren hochherzigen Pflegern eine ganz sichere Heilart desselben hier mitzutheilen, welche durch den mit Recht berühmten und von seiner gelehrten Patientin hochverehrten Naturarzt Herrn Vinzenz Priesnitz zu Grätzsenberg entdeckt und mit dem besten Erfolge bei Typhus-Kranken angewendet worden ist, wie folgt: „Bei Schwachen: Einschlagungen in wenig ausgewundene Leintücher (Bettlaken) 6 bis 10 Minuten lang, sechs bis zehn Leintücher hintereinander, so oft und so lange bis die Hitze nachläßt, dabei sehr nasse Kopfschläge“), damit sich keine Hitze nach dem Kopf zieht, oder um die Hitze daselbst zu dämpfen. Der Patient ist kühl

\*) Nie muß Eis auf den Kopf gelegt werden, denn große Kälte befördert eben so die Entzündung wie große Hitze.

zu halten, die Fenster auf. Ist der Patient stark, so wird er in ein 15 Grad warmes, abgeschrecktes, Bad gesetzt, in demselben 1 bis 1 1/2 Stunde tüchtig gerieben und immer nach und nach kaltes Wasser zugegossen, so daß das Bad zuletzt ganz kalt wird und der Kranke abgekühlt ist. Dieses Bad wird, sobald große Hitze kommt, wiederholt. — Mit kaltem Wasser muß man hierbei sehr vorsichtig sein, das heißt, man muß den Kranken nicht gleich in ganz kaltes Wasser setzen, sondern dasselbe zuerst auf 15 Grad Reaumur abschrecken und dann allmählig abkühlen. Nur kalte rohe Milch oder Buttermilch, kaltes Kompot und Brod sind zu genießen. Noch muß ich bemerken, daß bei dieser Behandlung durch aus keine andere angewendet werden darf. Marie von Colomb.

Die Tyroler Nationalsänger,

welche sich morgen, den 8. d. M., wieder im Café restaurant hören lassen werden, haben sich auch hier bereits durch ihre trefflichen Leistungen viele Freunde erworben. Das mit guten Stimmen begabte Quartett leistet im Ensemble sehr Nüchternes und erfreut durch gediegenen Vortrag acht nationeller Gesänge, die frisch und voll der Brust entquellen und auf unverbundene Herzen nicht ohne Wirkung bleiben. Einfach, wie ihr Gesang, ist auch die äußere Erscheinung dieser Keuschgestalten, deren bescheidenes Auftreten ihnen schon zur Empfehlung gerichtet. Möge den tüchtigen Leistungen die verdiente Theilnahme nicht fehlen.

Am 4. d. Mts. wurde in Lorenzberg bei Ströhren eine Wadshneipe geschossen.

Theater-Repertoire.

Dinstag, zum 12ten Male: „Die Frau Professorin“, oder: „Dorf und Stadt.“ Schauspiel in 2 Abtheilungen und 5 Akten, mit freier Benutzung einer Erzählung Berthold Auerbach's von Charlotte Birch-Pfeiffer. Mittwoch, neu einstudirt: „Wilhelm Tell.“ Heroisch-romantische Oper mit Tanz in 4 Akten, Musik von Rossini.

Verlobungs-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Meldung.) Unsere am 3ten d. Mts. vollzogene Verlobung beehren wir uns Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen. Breslau, den 5. März 1848. Bertha v. Salsisch, A. v. Donat.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung ihrer Tochter Johanna mit dem Lehrer bei St. Elisabeth, Herrn Neide, zeigt hiermit allen Freunden und Bekannten an: die verw. Rector Moritz. Anstatt jeder besonderen Meldung zeigen hiermit allen Freunden und Bekannten ihre Verlobung an: Friedrich Neide, Johanna Moritz.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Flora mit dem Banquier Herrn J. Hahn aus Frankfurt a. M., zeigen wir hiermit Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, ergebenst an. Breslau, den 5. März 1848. W. Rosenthal, Rittergutsbesitzer und Frau.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere am 1. März vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst an. Königshütte und Ratibor. Fr. Wosched, Dittlie Wosched, geb. Precht.

Todes-Anzeige.

Am 5. d. M. nahm der unerwartliche Tod in Folge eines nervösen Fiebers den Herrn Bürgermeister Theodor Schwarz, Ritter des rothen Adler-Ordens, nach eben vollendetem 44. Lebensjahre, aus unserer Mitte. Derselbe hat seit Anfang des Jahres 1832, anfänglich als Stadt-Syndikus, und jobann als Bürgermeister mit unermüdlicher Berufsthatigkeit, durch seine ausgezeichneten Talente unterstützt, ununterbrochen mit Aufopferung seines eigenen Wohls für das Interesse unserer Kommune gewirkt, sich dadurch unsere Liebe und Achtung erworben, und das ehrenvollste Andenken gesichert. Ratibor, den 5. März 1848. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Verammlung.

Todes-Anzeige.

Heute früh um 4 1/2 Uhr entschlief sanft nach höchstschmerzlichen Krankenlager mein mir unversehrter theurer Gatte, der Gasthofbesitzer Herr Friedrich Theodor Andreas Küchling an Entkräftung in dem Alter von 68 1/2 Jahr. Im tiefsten Schmerze widmet diese traurige Nachricht allen lieben Verwandten und Freunden zu stiller Theilnahme die tiefbetrubte Wittwe Eleonore Küchling u. übrigen Verwandten. Breslau, den 5. März 1848.

Todes-Anzeige.

Nach zwölfjähriger anermüdet geübter Berufstheorie entschlies gestern Nachmittag 2 Uhr der Lehrer an meiner Mädterschule, Hr. Wilhelm Grimmig. Mein herzlichster Dank für seine rastlose Unterflügung im Lehrgeschäft und die allgemeinste Achtung der SchülerInnen folgen seinem Andenken nach. Breslau, den 5. März 1848. Der Professor Kösselt.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag um 1 Uhr starb meine gute innig geliebte Frau Emilie Wilhelmine, geborene Trendel, im 38ten Lebensjahre am Nervenfieber. Freunde und Bekannte werden den Verlust ermesen, den ich mit meinen beiden Töchtern zu beweinen habe. Ich bitte um stille Theilnahme. Glas, den 5. März 1848. Joh. Wilh. Dauswald.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 5 Uhr starb uns unser so herzlich geliebtes Töchterchen Valera im Alter von 6 Monaten nach 30tägigen schweren Leiden an Krämpfen. Verwandte und Freunde werden uns stille Theilnahme nicht versagen. Breslau, den 6. März 1848. J. Curs und Frau.

Bekanntmachung.

Wir finden uns veranlaßt, das mit uns im amtlichen Verkehr stehende Publikum aufmerksam zu machen, daß nach den Gesetzen vom 30. November 1829, 4. August 1832 und vom 5. März 1839, die königl. Kassen nicht verpflichtet sind, andere als preussische Metallgeld und Zollvereins-Doppelthalter, nächst dem an Papiergeld anders als preussische Kassen-Anweisungen und königl. preussische Banfscheine anzunehmen, und daß wir unsere Kasse angewiesen haben, diesen geleglichen Vorschriften entsprechend, alles andere Metall- und Papiergeld zurückzuweisen. Breslau, 3. März 1848. Königliche General-Kommission für die Provinz Schlesien.

Herzliche Glückwünsche an Fräulein Maria P.

zum 7. März 1848.

König von Ungarn.

Dienstag den 7. März

letzter Maskenball

in dieser Saison.

Die geehrten Teilnehmer erscheinen in Charakter-Masken und Dominos, oder auch in Ball-Kostüm mit einem Maskenzeichen versehen. A. Metzler.

Bescheidene Anfrage.

Wo ist das Geld deponirt worden, welches am Schmiedemeister-Balle, den 19. Febr. d. J. für die nothwendigen Oberflächler ist gesammelt worden. Mehrere vom Ball. Sie werden zu jeder Zeit willkommen sein. A. a. S. P.

(Eingefandt.)

Wenn statt du Du a nur erhalten, Magst es immerhin behalten. Doch die Fackelträger laß mir und benommen, Dein Herz — hör ich reden — steht ja längst in Flossen! Gabriel Tocatta.

Ein complettes Klempner-Werkzeug

und eine gute brauchbare Wabewanne in Zink sind billig zu verkaufen und das Nähere bei Herrn Haake, Heiliggeiststraße Nr. 21 zu erfragen.

Im Verlage von Louis Duin in Berlin ist so eben erschienen und in der Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau zu haben:

Paris und die jüngste Staats-Umwälzung. Eine übersichtlich-historische Darstellung der Denkwürdigen Ereignisse aus dem letzten Viertel des Monats Februar 1848. Geh. Preis 2 1/2 Sgr.

Der landwirthschaftliche Verein zu Kostenblut

verammelt sich daselbst Sonnabends den 11. März d. J. Mittags 12 Uhr. Der Vorstand.

Landwirthschaftlicher Verein zu Lissa und Kostenblut.

Den 10. März, erster dieses Monats, auf dem Bahnhofs zu Canth. Die vorigen Verhandlungen werden fortgesetzt. Diejenigen verehrlichen Mitglieder, welche noch mit dem jährlichen Beiträge rückständig sind, werden dringend ersucht, solchen baldigt zu leisten, damit die eingeleitete Ordnung nicht gleich wieder gestört werde. Den 11. März Verein zu Kostenblut. Stadelwitz, den 4. März 1848. Der Vorstand Gebel.

Be k a n n t m a c h u n g.

Die in der letzten Zeit von Herrn Grenfried Lorenz in Ostrowo vermalte Agentur der hiesigen Lebensversicherungs-Bank ist vorläufig aufgehoben, und mit der Agentur in Breslau vereinigt worden. Die betheiligten Herren Versicherungsnehmer werden hiernach ersucht, ihre Prämien bis auf Weiteres an unsern Agenten Herrn Joseph Hoffmann in Breslau gegen die vorchriftsmäßigen Quittungen zu entrichten. Gottha, den 10. Februar 1848.

Das Bureau der Lebens-Versicherungs-Bank.

Dr. Hofst. G. Hoff. H. G. Haas.

Das Bedürfniss, in Berlin, als dem Mittelpunkte Preussens, woselbst der grösste Zusammenfluss von Personen und Capitalen zu Vorbereitungen für den Güter-Umsatz auffordert, ein Bureau zu finden, an das Verkäufer und Kaufleute mit Vertrauen sich zur Erreichung ihrer Wünsche und Aufträge wenden können, hat mich veranlaßt, ausser meinem, seit zwei Jahren bestehenden, Fonds- und Wechsel-Geschäft (in demselben Lokale) ein

Comptoir für den Umsatz in Gütern und Herrschaften

zu errichten, welches ich hiermit bestens empfehle! — Bei Zusage der grössten Discretion und Thätigkeit für das Interesse der mich mit ihrem Vertrauen Beehrten, werden die nöthigen Voruntersuchungen und etwaigen Reisen durch einen praktischen Oekonomen und Geschäftsmann gesehen, und weitere Auskunft auf frankirte Anfragen bei mir bereitwillig erteilt werden.

Zur Bequemlichkeit des geehrten Publikums liegen Frage-Schemata in Betreff der für das Umsatz-Geschäft erforderlichen Notizen zur Ausfüllung in meinem Comptoir aus, und werden auch bei mir nach Bedürfniss vervielfältigt. Berlin, unter den Linden, No. 61. Heinrich Itzinger.

Meine deutsche, französische und englische Lese-Bibliothek,

welche nicht bloß belletrische, sondern auch einen großen Vorrath wissenschaftlicher Bücher enthält, empfehle ich Einheimischen und Auswärtigen zur gefälligen Benutzung. Auch mache ich auf meine verschiedenen Lese-Zirkel aufmerksam. C. Neuburg, Buchhändler, Elsbachstraße Nr. 4.

Offener Bürgermeisterversammlung.

Der hiesige Bürgermeisterversammlung ist erdibigt und soll alsbald wieder besetzt werden. Mit solchem ist ein jährliches Gehalt von 800 Rthl. verbunden und die Anstellung geschieht auf den gesetzlichen Zeitraum von 6 Jahren. Qualifizierte Bewerber laden wir ein, sich unter Einreichung ihrer Qualifications-Akte bis uns bis zum 30. April d. J. zu melden. Einladungen zur persönlichen Präsentation und Besprechung werden vorbehalten. Grünberg in Niederschlesien, den 22. Februar 1848. Die Stadtverordneten.

Anstaltungs-Gesuch.

Ein unverheiratheter Amtmann, 30 Jahr alt, der einem ziemlich bedeutenden Gute selbstständig bewirtschaftend noch vorfindet, in allen Branchen der Oekonomie vortüft ist, sucht Termin Oern oder später eine andere Stellung. Näheres durch den Commissionär Jos. Delavigne, Regeberg Nr. 13.

Ein Kittergut,

1 1/2 Meile von Ratibor entfernt, mit 1100 Morgen Acker und guten Gebäuden, ist zum Preis von 25,000 Rthl. mit 5 bis 8000 Rthl. Anzahlung zu verkaufen. Näheres Nikolai-Strasse Nr. 28 bei Kothetal.

Advertisement for a clothing store: Zur wohlfeilen Waarenhandlung. Schwebmühlerstraße 8, eine Krippe, an der Ohlaustraße: Mousseline de laine Kleider in großer Auswahl, a 2/1 bis 4/1 Rthl.; bunte Batist-Kleider, a 2/1 bis 3 Rthl.; achtfarbige Rattune, a 2 und 3 Sgr. pro Elle; wollene Umhanggetüchter in allen Gattungen und in sehr großer Auswahl; wollene und halbwoollene Kleiderstoffe; ächte Schibets und Camlets in allen Farben werden ebenfalls zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft.

Obstbaum-Wildlinge.

Kepfel, stark genug zum Copuliren, das Schock 7 1/2 Sgr. — zweijährig, das Schock 10, 12, 15 Sgr. Birnen, einjährig, stark genug zum Copuliren, das Schock 15 Sgr., empfehle gegen baare Zahlung. — Emballage berechnen billigt. Carl Sam. Hänsler in Hirschberg.

**Edictal-Citation.**

Von dem unterzeichneten königl. Oberlandes-Gericht ist über den Nachlaß des am 21. November 1847 zu Ratibor verstorbenen Königl. Ranzlet-Rath und Oberlandesgerichts-Secretär Carl Heinrich Friedrich am heutigen Tage der ersächliche Liquidations-Prozess eröffnet und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller etwaigen unbekanntem Gläubiger auf

den 23. Mai d. J.

Vormittags um 10 Uhr vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Referendarius Hier angesehen worden. Diese Gläubiger werden daher hierdurch aufgefordert, sich bis zum Termine schriftlich, in demselben aber persönlich oder durch gesetzlich zulässige Bevollmächtigte, wozu ihnen beim Mangel der Bekanntmachung die Herren Justiz-Commissarien Glösel, Engelmann und Schmidt vorgeschlagen werden, zu melden, ihre Forderungen, die Art und das Vorzugsrecht derselben anzugeben, und die etwa vorhandenen schriftlichen Beweismittel beizubringen. Die Ausbleibenden werden aller ihrer etwaigen Vorrechte verlustig gehen und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verwiesen werden. Ratibor, 18. Februar 1848.

Königl. Oberlandesgericht.

Auf den Antrag der königl. Intendantur des 6ten Armeekorps zu Breslau werden alle und jede, besonders aber alle unbekanntem Gläubiger, welche aus dem Jahre 1847 an Truppentheile, militärische Dekonomie-Commissionen, Proviant-Aemter und sonstige Verwaltungen im Departement des unterzeichneten Oberlandes-Gerichts und namentlich:

- 1) die Regiments-Dekonomie-Commission des 22. Linien-Infanterie-Regiments zu Reisse;
- 2) das 1te Bataillon 23ten Infanterie-Regiments und seine Dekonomie-Commission, so wie die seit dem 3. Januar 1847 damit vereinigte Regiments-Dekonomie-Kasse zu Reisse;
- 3) das 2te Bataillon des 22. Infanterie-Regiments und seine Dekonomie-Commission zu Reisse;
- 4) die dem Letztern attachirte Strafabtheilung zu Reisse;
- 5) die Regiments-Dekonomie-Commission des 23ten Infanterie-Regiments zu Reisse;
- 6) das 1te Bataillon 23ten Infanterie-Regiments, seine Dekonomie-Commission und die seit dem 10. April 1847 damit vereinigte Regiments-Dekonomie-Kasse zu Reisse;
- 7) das 2te Bataillon 23. Infanterie-Regiments und seine Dekonomie-Commission zu Reisse;
- 8) die 6te Artillerie-Brigade und deren Spezial-Dekonomie-Commission zu Reisse und Kofel;
- 9) die 5te Artillerie-Handwerks-Compagnie zu Reisse;
- 10) die 6te Artillerie-Handwerks-Compagnie zu Reisse;
- 11) das Artillerie-Depot zu Reisse und Kofel;
- 12) die Artillerie-Werkstätte zu Reisse;
- 13) die 6te Pionnier-Abtheilung zu Reisse;
- 14) das 6te Husaren-Regiment, dessen Dekonomie-Commission und Lazareth zu Neustadt, Leobischlitz und Ober-Glogau;
- 15) das 2te Ulanen-Regiment, dessen Dekonomie-Commission und Lazareth zu Gleiwitz, Plesch, Ratibor und Beuthen;
- 16) das 6te kombinierte Reserve-Bataillon und dessen Dekonomie-Commission zu Kofel;
- 17) die dem Letztern attachirte Straf-Abtheilung zu Kofel;
- 18) das 1te, 2te, 3te Bataillon 23ten Landwehr-Regiments, incl. Eskadrons und attachirte Veteranen-Sektion zu Gleiwitz, Kofel und Ratibor;
- 19) das 1te u. 2te Bataillon 23ten Landwehr-Regiments, incl. Eskadrons und attachirte Veteranen-Sektion zu Reisse und Groß-Strehlitz;
- 20) das 3te Bataillon 23ten Landwehr-Regiments incl. Eskadron und attachirte Veteranen-Sektion, seit dem 1. Mai 1847 zu Dppeln;
- 21) die Halbinvaliden-Sektionen des 6ten Husaren-, 2ten Ulanen-Regiments und der 6ten Pionnier-Abtheilung zu Neustadt, Gleiwitz und Reisse;
- 22) die 12te Invaliden-Compagnie und deren Kranken-Verpflegungs-Commission zu Dttmachau und Ziegenhals;
- 23) die Abtheilung der 12ten Invaliden-Compagnie und deren Kranken-Verpflegungs-Commission zu Paschtau;
- 24) das Invaliden-Haus zu Rybnitz, hinsichtlich der Selbstverpflegungs- und Haushaltungszugs-, Menage- und Lazareth-Kassen zu Rybnitz;
- 25) die 12te Divisions-Schule zu Reisse;
- 26) die Garnison-Schule zu Kofel;
- 27) die Garnison-Kirchen- und Begräbnis-Kassen zu Reisse und Kofel;
- 28) die Garnison-Lazareth zu Reisse und Kofel;
- 29) das Proviant-Amt zu Reisse;
- 30) die Festungs-Magazin-Verwaltung zu Kofel;
- 31) die Kasse der Gewehr-Revisions-Commission zu Reisse;
- 32) die Festungs-Notirungs-extraordinären Festungsbaus- und eisenen Bestandskassen in den Festungen Reisse und Kofel;

- 33) die extraordinaire Artillerie-Bau-Kasse in den Festungen Reisse und Kofel;
- 34) die Festungs-Neuenliken-Kassen in den Festungen Reisse und Kofel;
- 35) die königl. Garnison-Verwaltungen in den Festungen Reisse und Kofel;
- 36) die Belagerungs-Lazareth-Depots in den Festungen Reisse und Kofel;
- 37) die magistratualischen Garnison-Verwaltungen zu Beuthen, Gleiwitz, Leobischlitz, Neustadt, Ober-Glogau, Dppeln, Dttmachau, Paschtau, Plesch, Ratibor, Groß-Strehlitz und Ziegenhals;

aus irgend einem rechtlichen Grunde einige Ansprüche zu haben vermeinen, hierdurch vorgeladen, vor oder spätestens in dem vor dem Oberlandes-Gerichts-Referendarius Schmie-dicke auf

den 15. Mai 1848

Vormittags 10 Uhr anberaumten Liquidations-Termine in unserem Geschäftsgebäude persönlich oder durch einen gesetzlich zulässigen Bevollmächtigten, wozu ihnen bei etwa erman-gelnder Befanntschafft unter den hiesigen Justiz-Commissarien, die Herren Justiz-Commissarien Schmie-dick, Engelmann und Grünig in Vorschlag gebracht werden, sich zu melden, ihre vermeinten Ansprüche anzugeben, und durch Beweismittel zu bekräftigen. Die Nichterscheinenden werden aller ihrer Ansprüche an die vorbezeichneten lgl. Militär-Institute für verlustig erklärt und mit ihren Forderungen nur an die Person desjenigen, mit dem sie contractirt haben, verwiesen werden. Ratibor, den 10. Januar 1848.

Königliches Oberlandes-Gericht.

Müller.

**Öffentliche Vorladung.**

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Moritz Friede hier selbst ist der Konkurs-Prozess eröffnet, und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekanntem Gläubiger auf

den 7. Juni 1848 Vormittags

10 Uhr

vor dem Herrn Stadtgerichts-Assessor Pasch in unserem Parteienzimmer anberaumt worden. Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt.

Breslau, den 9. Februar 1848.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum notwendigen Verkaufe des hieselbst Neue Gasse Nr. 13a, früher Nr. 1053 b des Festungs-Terrains belegen, der geschiedenen Apotheker Rödiger gehörigen, auf 1292 Rthlr. 25 Sgr. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf

den 11. Mai 1848 Vormittags

11 1/2 Uhr

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmie-del in unserm Parteien-Zimmer anberaumt. Lare und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden:

- 1) die Johanne Charlotte, verehelichte Werner, geb. Schinke, und
- 2) der Partikulier Ernst Andersch hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 3. Januar 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum notwendigen Verkaufe des hier auf der Siebenbüdenerstraße Nr. 20 belegen, dem Partikulier Carl Krebs gehörigen, auf 10,333 Rthlr. 22 Sgr. 9 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den 11. September 1848, Vormittags um 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmie-del in unserm Parteienzimmer anberaumt. Lare und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 4. Februar 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

**Bekanntmachung.**

Die für den städtischen Marktall erforderlichen Schmiede-, Stell- und Nade-macher-Arbeiten sollen vom 1. Juli d. J. ab anderweitig verbunden werden.

Zur Licitation fest Termin

am 13. März d. J. Nachmittags

4 Uhr

auf dem rathhäuslichen Fürstensaale an. Die Bedingungen sind in der Rathsbieners-Stube einzusehen.

Breslau, den 22. Febr. 1848.

Stadt-Bau-Deputation.

**Bekanntmachung.**

Ein alter Dampfessel, zum Kartoffeldämpfen auf einer größeren ländlichen Pflanzung brauchbar, desgleichen altes Fuß- und Schmiede-Eisen, soll

Mittwoch den 2ten dieses Monats, Vormittags 10 Uhr, auf dem Ringe vor der städtischen Waage im Wege des Meistgebotes öffentlich gegen gleich baare Bezahlung in preuß. Courant verkauft werden.

Breslau, den 1. März 1848.

Die Stadt-Bau-Deputation.

**Privat-Unterricht im Dänischen und Schwedischen,** sowohl für Kenntniss der so herrlichen nordischen Litteratur, als zur möglichst schnellen Einübung einer gefälligen und eleganten Umgangssprache, wird erteilt: Neue Junkernstrasse No. 21, 1 St.

**Warnungs-Anzeige.**

Franz Dhwiet, 22 Jahr 11 Monat alt, Försterehn aus Peterhof, Kreis Lublitz, traf am 14. Juli 1841 im Waldbreviere Dombrowa mit dem Büttenschmied Martin Kropidlo aus Biezol und den Einliegern Lazar Kozja und Jacob Paf, wie des Letztern Sohn Franz zusammen. Es wurde Branntwein geholt, wozu auch Kropidlo sechs Pfennige beitrug. Nachdem dieser ausgetrunken war, zerstreute sich die Gesellschaft bis auf Dhwiet und Kropidlo. Auch dieser entfernte sich. Dhwiet, welcher bei Gelegenheit, als Kropidlo das Geld herausgab, dessen Baarschafft sah, fasste den Gedanken, ihm nachzugehen und sich des Geldes zu bemächtigen. Er folgte ihm, ergriff ein Stück Buchen-Astholz von einer Klatzer, schlug damit dem Kropidlo nach dem Hinterkopfe, daß dieser zu Boden stürzte. Diese Hiebe wiederholte er einige Male, zog dann aus der rechten Seitentasche des Kropidlo dessen Geldbeutel heraus und begab sich nach dem Hause seines Vaters. Kropidlo wurde mit entsprechenden Verletzungen am Hinterkopfe, seiner Baarschafft beraubt, darauf in jenem Waldbreviere todt gefunden. Die Gerichtsärzte haben die Verletzungen als alleinige Ursache des Todes des Kropidlo erkannt. Dhwiet, welcher zur Untersuchung gezogen wurde, hat die That, wie sie vorangeführt worden, wiederholt gerichtlich eingestanden, das geraubte Geld, im Betrage von 5 Rthl. 24 Sgr. hat er in dem Versteck, worin er es gethan, vorgefunden. Sein Geständnis ist durch die oben Beweise liberal unterstützt worden. Spätere Abänderungen und Widerrufse vermochte er nicht zu begründen. An den gleichlautenden Urtheilen vom 13. Januar und 26. Oktober 1847 sprach der Senat für Straffachen und zweite Senat hiesigen königlichen Oberlandes-Gerichts gegen Franz Dhwiet wegen Raubmordes auf die Todesstrafe des Todes, welche des Königs Majestät in Allerhöchster Ordre vom 1. Februar dieses Jahres in die des Beiles zu verhandeln geruhen. Sie ist heut Morgen um 7 1/2 Uhr an Franz Dhwiet auf hiesigem Richtplatze vollzogen worden.

Ratibor, 4. März 1848.

Königliches Inquisitorial.

**Brennholz-Verkauf.**

Die Verkaufspreise auf den hiesigen städtischen Holzplätzen vor dem Ziegel- und Dhlauertore sind vom 6ten d. M. ab wie folgt herabgesetzt und festgesetzt:

a) Kloben = Holz:	1ste Sorte 2te S.
pro Rthl. Weißbuchen Leibholz 7rl. 5gr.	
= = = Rothbuchen dito 8 = 25 =	
= = = dito Brauchholz 7 = 15 = 7rl.	
= = = Birken Leibholz 7 = 10 =	
= = = dito Brauchholz 6 = 10 =	
= = = Eichen Leibholz 7 = 5 =	
= = = dito Brauchholz 6 = 5 =	
= = = Erlen Leibholz 7 = - =	
= = = dito Brauchholz 6 = - =	
= = = Kiefern Leibholz 6 = 10 =	
= = = dito Brauchholz 5 = 10 =	
= = = Fichten Leibholz 5 = 25 =	
= = = dito Brauchholz 4 = 25 =	

Außerdem wird pro Klatzer 1 Sgr. 4 Pf. Communal-Abgabe gezahlt.

b) Gepalten Holz (zweimal gesagt) incl. Anfuhrer und einmaligem Brücken Zoll.

Die ganze Die halbe Die viertel	Klatzer:	Klatzer:
rtl. lgr. pf.	rtl. lgr. pf.	rtl. lgr. pf.
Weißbuchen 10 11 9 5 8 9 2 20 7		
Rothbuchen 10 1 9 5 3 9 2 18 1		
Birken 8 16 9 4 11 3 2 6 10		
Eichen 8 11 9 4 8 9 2 5 7		
Erden 8 6 9 4 6 3 2 4 4		
Kiefern 7 6 9 3 21 3 1 26 10		
Fichten 6 26 9 3 16 3 1 24 4		

Für einmal gefagtes Holz wird pro Klatzer 5 Sgr. weniger gezahlt.

Sorgt Käufer für die Fuhrer selbst, so gehen von vorstehendem Preise, incl. Brücken-zoll ab:

für die ganze Klatzer 12 Sgr. 9 Pf.
= = = halbe dito 9 = 3 =
= = = viertel dito 5 = 10 =

Wird das Holz vor das Schweidnitzer-, Nikolai-, Dber- und Sandthor, oder in das Bürgerwerder gefahren, so zahlt Käufer für eine ganze Klatzer 2 Sgr., für eine halbe oder für eine viertel Klatzer 1 Sgr. mehr auf Fuhrlohn, so wie außerdem an den Zoll-Stationen vor dem Dber- und Sandthore und im Bürgerwerder den dort zur Hebung kommenden Brücken-Zoll.

Breslau, den 6. März 1848.

Die städtische Holzhoofs-Verwaltungs-Deputation.

**Proklama.**

Das in dem Fürstenthume Dels und dessen Trebniger Kreise gelegene, dem königl. Lieutenant August König, landschaftlich auf 19,635 Rthlr. 28 Sgr. abgeschätzte Rittergut Klein-Wilsdane, soll im Wege der notwendigen Subhastation in termino

den 13. September 1848,

Vorn. 11 Uhr,

in den Zimmern des Fürstenthums-Gerichts an den Meistbietenden verkauft werden. Die Lare und der neueste Hypothekenschein können in der Registratur des Fürstenthums-Gerichts nachgesehen werden.

Dels, den 14. Januar 1848.

Perzog. Braunschweig-Dels'sches Fürstenthums-Gericht. I. Abtheilung.

**Bekanntmachung.**

Die im königl. Forstschuß-Bezirk Alt-Ködn vorhandenen Kus- und Kasserholzer, und zwar: a) auf den Verkaufsplätzen ohnfener der Dber zusammengerichtet, bestehend in 10 Rthl. Eichen-Rumpen, 60 1/2 Rthl. Weißbuchen-Rumpen, 15 1/2 Rthl. Rüstern-Rumpen-Holz, und b) zerstückt im Walde, bestehend in 4 Stück Eichen, 2 Stück Weißbuchen u. 1 Stück Rüstern-Rumpenholz, so wie 30 1/2 Rthl. Eichen-Scheit, 23 1/2 Rthl. Eichen-Rumpen, 11 1/2 Rthl. Eichen-Rohbock, 18 1/2 Rthl. Weißbuchen-Scheit, 16 1/2 Rthl. Rüstern-Rumpen, 3 1/2 Rthl. Rüstern-Scheit, 1 1/2 Rthl. Rüstern-Rumpen-Holz sollen im Termin den 14. März c., Vormittags 9 Uhr, im Gasthause zum grünen Baum in Stoberau gegen sofortige Bezahlung meistbietend verkauft werden.

Stoberau, den 4. März 1848.

Königliche Forstverwaltung.

Das herzogliche Brauwerk des Marktlefden Quartir, im Kreis Glogau, soll von Johann d. S. ab wiederum auf drei Jahre verpachtet werden.

Kautionsfähige, pachtfähige Brauer, welche wohlverfahren und tüchtig in ihrem Fache sind, können die Pachtbedingungen bei dem unterzeichneten Wirthschafts-Amt täglich einsehen. Wobei bemerkt wird, daß der Marktlefden Quartir ein vollreifer gewerbetätiger Ort, und an der Berliner Schaufsee und an der niederschlesischen Zweigbahn belegen ist.

Quartir, 3. März 1848.

Das Freiherrlich von Tschammerische Wirthschafts-Amt.

**Freiwilliger Verkauf.**

Die unterzeichneten Besitzer des Rittergutes Mittel-Kupper, Kreis Sagan, in Niederschlesien, eine halbe Meile von der Niederschlesischen Zweigbahn belegen, und ein Areal von circa 1426 Morgen Acker, Wiese, Forst zc. enthaltend, mit Dorflich, Jagd- und Fischerei-Verrechtigung, beabsichtigen dasselbe wegen Auseinanderziehung aus freier Hand zu verkaufen, und haben zur Entgegennahme von Geboten einen Termin auf

den 14. April 1848, Vorm. 10 Uhr,

im herrschaftlichen Wohngebäude zu Mittel-Kupper angelegt, zu welchem Kaufwillige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß nähere Auskunft über das Gut, so wie die Kaufbedingungen von den Besitzern, dem Herrn Justizarius Schwarzer in Sagan und dem Herrn Justiz-Commissar Bindewald in Giebelen auf portofreie Anfragen erteilt werden.

Mittel-Kupper, im Januar 1848.

Louis und Reinhold Priezer.

**Bekanntmachung.**

Der Termin, welcher laut Anzeige vom 15. d. M. zum Verkauf der zur Kaufmann Martin Barckhallschen Concursmasse gehörigen Holzbestände im Wyboraner und Neugater Forst und bei der Radamiger Mühle auf den 20. März und die folgenden Tage angelegt worden, wird hiermit wieder aufgehoben.

Kofen, den 28. Februar 1848.

Schneider, Ober-Land- u. Ger.-Assessor.

**Auktion.** Am 6ten d. M., Vorm.

10 1/2 Uhr, sollen Mauritiusplatz im Gasthose zum Scheuboden 6 Artschubbe mit Geschiren, 2 noch gute Frachtwagen, 1 Windeheber und mehrere Spann- und Reichselketten, versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

**Bücher = Auktion.**

Dienstag, den 7. März, um 2 Uhr Nachmittags ist der Schluß der Auktion der mir hierzu übergebenen Bücher von Nr. 3099 des Katalogs ab. Auch kommt eine Anzahl Mappen mit Kupfersteinen, Holzschmitten zc. vor.

J. Arban Kern, Junkenr. Nr. 7.

**Ein Verhaling zur Buchhandlung**

wird gesucht. Er muß der Sohn gebildeter Eltern sein und das Gymnasium besucht haben. Nähere Auskunft giebt Vormittags von 8 bis 9 1/2 Uhr und Nachmittags von 1 bis 3 Uhr der Commissionär Gustav Henne, Heiliggeiststraße Nr. 14a.

Einer anständigen, gebildeten Dame in mittleren Jahren, wird von einer andern Dame, der Gefelligkeit wegen, ein gut möbirtes Zimmer zur unentgeltlichen Benutzung angetragen. Versegelte Adressen, mit Angabe der Wohnung bietet man abzugeben: Lauenzienstraße Nr. 75, im Gewölbe des Herrn Kaufmann Schwarz.

Ein sehr freundliches Quartier im ersten Stock in der Vorstadt Hirschberg, mit freier Aussicht nach dem Hocheberge, bestehend aus 5 Stuben, Küche, Holzgelass etc., steht zu Johann d. J. zur anderweitigen Ver-miethung frei. Näheres bei

Carl Sam. Häuser in Hirschberg.

**Früh = Hafer.**

Das Dominium Würben bei Grottkau offerirt 150 Scheffel zur Saat gereinigten Früh-Hafer. Dieser Hafer hat sich bis jetzt als sehr ertragreich bewährt, so daß er dies Jahr wieder 19 Korn Ertrag gegeben hat.